

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXIV. Jahrgang, Nr. 4

April 1951

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Arbeitslosigkeit niedriger als im Vorjahr — Zunehmende Spannungen im Preisgefüge — Rege wirtschaftspolitische Aktivität — Überbrückung der Zahlungsbilanzschwierigkeiten

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise, Löhne, Lebenshaltungskosten; Der Baukostenindex — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr — Außenhandel

Die Rohwarenmärkte im I. Quartal 1951

Wiens Fleischverbrauch im Jahre 1950

Zum Problem des Milchpreises

Entwicklung der Außenhandelspreise seit Ausbruch des Korea-Konfliktes

Österreichische Wirtschaftszahlen (Genauere Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite)

Internationale Wirtschaftszahlen (Weltmarktpreise)

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Arbeitslosigkeit niedriger als im Vorjahr — Zunehmende Spannungen im Preisgefüge — Rege wirtschaftspolitische Aktivität — Überbrückung der Zahlungsbilanzschwierigkeiten

Der saisonmäßige Aufschwung der österreichischen Wirtschaft im Frühjahr hält trotz Einfuhrschwierigkeiten und Rohstoffknappheit an. Industrieproduktion, Beschäftigung und Außenhandel sind ebenso wie im Vormonat saisongemäß gestiegen, die Arbeitslosigkeit geht zurück. Preise, Geldeinkommen und Geldumlauf zeigen weiterhin eine steigende Tendenz. Der flauere Geschäftsgang im Einzelhandel sowie das Sinken wichtiger Weltmarktpreise lassen zwar vorübergehend eine Dämpfung des Preisauftriebes erwarten. Einer nachhaltigen Stabilisierung stehen jedoch die ungelösten Preisprobleme im Wege.

Die akuten Zahlungsschwierigkeiten, der fortschreitende Übergang zur Rüstungswirtschaft in wichtigen Welthandelsstaaten sowie die anhaltende Preis-Lohn-Bewegung lösten im April eine rege *wirtschaftspolitische Aktivität* aus. Der Nationalrat genehmigte die vor Monaten entworfenen wirtschaftspolitischen Rahmengesetze¹⁾; auf dem Gebiet der Devisenbewirtschaftung, der Außenhandelslenkung und der Kreditpolitik wurden eine Reihe administrativer Maßnahmen zwecks besserer Kontrolle des Außenhandels und Sicherung finanzieller Stabilität verfügt. Außerdem hat die österreichische Bundesregierung um Er-

höhung der direkten und der indirekten Auslandshilfe angesucht. Nach Prüfung der österreichischen Zahlungsbilanzsituation hat der Rat der OEEC eine zusätzliche „Ausgangsposition“ von 10 Mill. \$ empfohlen, die aus dem Sonderfonds für „strukturelle“ Zahlungsbilanzdefizite bei der Europäischen Zahlungsunion finanziert werden soll.

Das *allgemeine Preisniveau* ist im April weiter gestiegen. Verteuerungen von Wolle, Baumwolle, Steinkohle, Koks, Brennholz, Bau- und Nutzholz, Stabeisen, Grobblechen, Zink und Zellulose ließen den Großhandelspreisindex von Mitte März bis Mitte April um 5,4% steigen. Außer Rohstoffen wurden auch viele gewerbliche Fertigwaren vom Preisauftrieb erfaßt. Die Baukosten erhöhten sich im I. Quartal 1951 um 9,4%, die Verteuerung anderer Investitionsgüter (Maschinen, Fahrzeuge) geht in der Regel darüber hinaus, obwohl sich die höheren Preise für Eisen und Kohle noch nicht ausgewirkt haben.

Im Bereich der Konsumgüter wurden Möbel, Papierwaren (Zeitungen), Haushaltgeräte, Geschirr und Importschmalz teurer. Dennoch sank der Lebenshaltungskostenindex nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema in Wien von Mitte März bis Mitte April um 1,5%, da die Gemüsepreise²⁾ saisongemäß

¹⁾ Gesetz betreffend die Schaffung eines Wirtschaftsdirektoriums, Novelle zum Preisregelungsgesetz, zum Rohstofflenkungsgesetz und zum Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz, Verschärfung des Preistreibereigesetzes, Neufassung des Außenhandelsverkehrsgesetzes.

²⁾ Spinat, der im Index Gemüse vertritt, wurde von Mitte März bis Mitte April um 49% billiger. Ersetzt man den Spinat durch ein Bündel aus fünf verschiedenen Gemüsesorten, so beträgt der Preisrückgang nur 11%.

stark zurückgingen. Außerdem wurden die erst nach dem 15. April wirksamen Erhöhungen der Preise für Zeitungen und Importschmalz noch nicht berücksichtigt. Trotz seinem Rückgang im April, ist der Lebenshaltungskostenindex im I. Quartal 1951 um 6% gestiegen, obwohl er in dieser Jahreszeit gewöhnlich zurückgeht. (In den ersten Quartalen 1949 und 1950 sank er um 1% und 5%.)

Gleichzeitig mit den Preisen steigen die *Löhne und Gehälter*. Im April erhielten etwa 30% aller Arbeiter und Angestellten der gewerblichen Wirtschaft Lohn- und Gehaltserhöhungen von durchschnittlich 10%. Außer den bereits im letzten Bericht erwähnten Bau- und Holzarbeitern vermochten u. a. die graphischen Arbeiter, die Zementarbeiter, Glasarbeiter, die Arbeiter in der Papierwarenerzeugung, in der Lederwarenerzeugung und in einigen Zweigen der Textilindustrie eine Erhöhung ihrer Bezüge durchzusetzen. Die stattliche Liste neuer Lohnvereinbarungen zeigt, daß sich die Lohnbewegung nicht nur auf große Branchen mit gewerkschaftlich gut organisierten Arbeitnehmern beschränkt, sondern sich auch auf die Vielzahl kleinerer Branchen und Innungen ausbreitet. Allerdings dürften zumindest die Verdienste in Zweigen, die an der Exportkonjunktur besonders profitieren, stärker steigen als in jenen Zweigen, die infolge beschränkter Nachfrage nicht in höhere Preise ausweichen können.

Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß sich der Preis-Lohn-Auftrieb zumindest vorübergehend verlangsamt. Vor allem dürfte das leichte Sinken der Weltmarktpreise seinen Einfluß auf das österreichische Preisniveau nicht verfehlen. Wenn auch die Preisrückgänge auf den meisten Warenmärkten bisher nur geringfügig waren und die unsichere weltpolitische Lage keine allzu optimistische Beurteilung der künftigen Preisentwicklung zuläßt, so darf man auf Grund der internationalen Bewirtschaftungsmaßnahmen, der marktregelnden Eingriffe und des Nachlassens der Spekulation doch mit einer starken Beruhigung der Weltmarktpreise rechnen.

Weiters fällt ins Gewicht, daß das Steigen der Inlandspreise bisher durch eine spekulativ übersteigerte Nachfrage insbesondere des Handels, aber auch der Produzenten und Konsumenten stark gefördert und vielfach überhaupt erst ermöglicht wurde. Sofern sich die Überzeugung festigt, daß die Rohstoffhausse auf den Weltmärkten abklingt und eine qualitative Kreditkontrolle das Halten übermäßiger Lager erschwert, wird die Spekulation umschlagen, das Angebot steigern und damit preisdrückend wirken. Schon jetzt zeichnet sich auf den Märkten einiger Konsumgüter, insbesondere bei solchen periodischer

Bedarfsdeckung (Textilien, Möbeln) eine leichte Schwäche ab, da die Nachfrage mit dem — teilweise steigenden — Angebot zu erhöhten Preisen nicht Schritt hält. Die Umsätze im Einzelhandel sind zwar im März um 17% gestiegen, blieben aber ebenso wie im Februar hinter den saisongemäßen Erwartungen zurück.

Andererseits darf freilich nicht übersehen werden, daß die gegenwärtige Preis-Lohn-Bewegung wohl von der Rohstoffhausse auf den Weltmärkten ausgelöst wurde, mit fortschreitender Dynamik aber durch Verzerrungen der Preis- und Einkommensstruktur selbst neue Auftriebskräfte zeugt, die sich auf die Dauer kaum unterdrücken lassen. So wurden — um nur einige der markantesten Beispiele herauszugreifen — die Bezüge des überwiegenden Teiles der Lohn- und Gehaltsempfänger seit Oktober 1950 bereits einmal erhöht, für die Arbeiter in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie gelten jedoch (mit wenigen Ausnahmen) noch die Tariflöhne des vierten Preis-Lohn-Abkommens. Die Löhne der Nahrungsmittelarbeiter wurden bisher zurückgehalten, da jede Lohnnachziehung eine Neukalkulation wichtiger Nahrungsmittelpreise erfordern und damit zu einem weiteren Preis-Lohn-Auftrieb führen würde. Auch Rentner, Pensionisten, Arbeitslose und sonstige Unterstützungsempfänger müssen noch mit den Bezügen vom Oktober 1950 das Auslangen finden, obwohl gerade sie zu den ärmsten Bevölkerungsschichten zählen, die die Teuerung besonders hart trifft.

Auf dem Gebiete der Preise hat sich infolge der Verteuerungen von industriellen Rohstoffen und Fertigwaren der Abstand zwischen Agrar- und Industriepreisen weiter vergrößert. Laut Großhandelspreisindex des Statistischen Zentralamtes stieg der Preisindex der Industriestoffe von Juni 1950 bis April 1951 um 67%, der für Nahrungs- und Genussmittel hingegen nur um 16%. Für Milch und Brotgetreide erlöst die Landwirtschaft gegenwärtig nur das 4'6-fache und 3'7- bis 4'2-fache von 1937, während das allgemeine Großhandelspreisniveau bereits das 7-fache und der Index für Industriestoffe das 9'8-fache von 1937 überschritten hat. Wenn auch der — gegenüber der Vorkriegszeit — große Abstand zwischen Industrie- und Agrarpreisen zum Teil eine Folge der staatlichen Subventionspolitik ist (eine Reihe landwirtschaftlicher Produktionsmittel wird bekanntlich verbilligt abgegeben) und daher nicht auf eine entsprechende Einkommensverschiebung gegenüber 1937 schließen läßt¹⁾, so steht doch außer Zweifel, daß die landwirt-

¹⁾ Eine Beurteilung des landwirtschaftlichen Einkommens muß neben den Preisstützungen für landwirtschaftliche Produktionsmittel auch die Steuerleistung der Landwirtschaft, ihre

schaftlichen Einkommen seit Mitte 1950 der allgemeinen Einkommensentwicklung nachhinken und die starken Verzerrungen innerhalb der Agrarpreisstruktur (Zurückbleiben der Brotgetreide- und Milchpreise) zu Fehlleitungen von Produktionsmitteln (Verfütterung) und zu Versorgungsstörungen führen¹⁾.

Schließlich sind durch die Preisentwicklung der letzten Monate auch die Tarife öffentlicher Körperschaften wieder ins Hintertreffen geraten. Gas, elektrischer Strom, Straßenbahn- und Eisenbahnfahrkarten kosten gegenwärtig nur das Zwei- bis Dreifache von 1937, so daß sich unvermeidlich bei einer Reihe öffentlicher Betriebe beträchtliche Defizite abzeichnen. (Das Defizit der Bundesbahnen wird für 1951 auf Grund der gegenwärtigen Tarife und der erhöhten Kosten für Kohle, Löhne usw. auf nahezu 1 Mrd. S geschätzt.)

Ließen sich die nachhinkenden Preise und Löhne auf dem gegenwärtigen Niveau festhalten, dann bestünde begründete Aussicht, daß Preise und Löhne – allerdings auf Kosten bestimmter Bevölkerungsgruppen – kurzfristig stabilisiert werden können. Die – wie es zur Zeit scheint – unvermeidliche Erfüllung auch nur eines Teiles der angemeldeten Forderungen schafft jedoch neue Spannungen, die eine Stabilisierung äußerst erschweren.

Die Vermehrung der Geldmenge folgte bisher nur zögernd dem allgemeinen Preis- und Lohnauftrieb. Das gesamte *Geldvolumen* (einschließlich Scheckeinlagen) stieg zwar im März um 146 Mill. S, lag aber zu Monatsende nur um 382 Mill. S oder 2,7% über dem Stand zu Jahresbeginn, die Großhandelspreise dagegen um 10,2%, der Lebenshaltungskostenindex um 6,0% und die Arbeiternettotariflöhne um 4,1%. Daraus folgt, daß das höhere Zahlungs- und Umsatzvolumen zu einem beträchtlichen Teil aus Kassenreserven, d. h. durch Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes finanziert wurde. Allerdings wurde die Umlaufausweitung im 1. Quartal 1951 durch Saisoneinflüsse – im gleichen Zeitraum 1950 sank das Geldvolumen um 218 Mill. S – und durch hohe Counterparteingänge gedämpft. Obwohl vom ERP-Konto im 1. Quartal 1951 bedeutend mehr abgebucht wurde, als auf Grund des Freigaberahmens für 1951 pro Quartal vorgesehen ist, ergab sich dennoch ein beträchtlicher Überschuß, da die Eingänge infolge der raschen Ausnutzung der Ausgangsposition ungewöhnlich hoch waren. Daß der Geldumlauf dennoch im 1. Quartal 1951 um 382 Mill. S stieg, ist vor allem auf die anhaltend starke

Produktivität sowie ihre Förderung aus öffentlichen Mitteln berücksichtigen.

¹⁾ Siehe „Zur Frage des Milchpreises“, S. 201.

Kreditexpansion zurückzuführen. Insgesamt wurden 1.177 Mill. S zusätzliche Kredite gewährt (davon 336 Mill. S Aufbaukredite), d. i. quartalsweise die größte Kreditexpansion seit Kriegsende.

Wieweit die vorgesehene quantitative und qualitative Kreditkontrolle das weitere Steigen des Kreditvolumens verlangsamen wird, läßt sich gegenwärtig noch nicht absehen. Die nach dem Muster anderer Staaten – z. B. USA und Deutschland – eingeführten Pflichtreserven²⁾ für Kommerzbanken können ihren Zweck – der Notenbank einen stärkeren Einfluß auf die Kreditpolitik zu sichern – nur dann erreichen, wenn sie möglichst der tatsächlichen Liquidität der Banken angepaßt werden – also keine nennenswerten „Überschußreserven“ bestehen – und die Notenbank in ihrer Diskontpolitik unabhängig ist. Beides trifft gegenwärtig nur beschränkt zu. Die Gesamtliquidität (ersten und zweiten Grades) der dem Abkommen unterliegenden Kreditinstitute ist im allgemeinen höher als die vorgeschriebenen Mindestreserven; die Dispositionsfreiheit der Notenbank in der Diskontpolitik ist hingegen durch den Umlauf von Wertpapieren (z. B. Besatzungskostenschatzscheinen) eingeengt, deren Eskont sie auf Grund gesetzlicher Bestimmungen nicht zurückweisen kann. Der unmittelbare Effekt der Einführung von Pflichtreserven auf das Kreditvolumen und seine Kontrolle durch die Notenbank darf daher nicht allzu hoch eingeschätzt werden. Immerhin bedeutet sie aber einen entscheidenden organisatorischen Fortschritt, der dem österreichischen Geld- und Kreditwesen auf längere Sicht die Erfüllung seiner konjunkturpolitischen Aufgaben erleichtern wird.

Der Index der *Industrieproduktion* ist von Jänner auf Februar um 11% gestiegen und dürfte sich nach vorliegenden Einzeldaten auch im März weiter erhöht haben. Der saisonmäßige Aufschwung der Industrieproduktion ist nicht zuletzt dem Umstand zu danken, daß sie bisher ausreichend mit Energie versorgt wurde. Gelänge es, insbesondere die weiterverarbeitenden Industrien besser mit Rohstoffen zu versorgen, dann ließe sich die Produktion noch bedeutend stärker steigern, da die Nachfrage vor allem nach Investitionsgütern das Angebot bedeutend übersteigt.

Mit der Erholung der Industrieproduktion und dem Anlaufen der Bausaison stieg im März auch die *Beschäftigung* um 39.300 auf 1.917.500, d. s. um 13.800

²⁾ Die Kommerzbanken (Aktienbanken und private Bankiers) wurden verpflichtet, 25% ihrer fremden Mittel in liquiden Mitteln ersten und zweiten Grades anzulegen. Dieser Reserve-satz soll ab 1952 auf 30% erhöht und gleichzeitig eine Mindestliquidität ersten Grades von 10% eingeführt werden.

mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Gleichzeitig ging die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen im März um 39.400, im April um weitere 41.900 zurück und lag um 8.300 niedriger als im April 1950.

Im *Außenhandel* setzten sich die bereits im letzten Bericht beobachteten Tendenzen fort. Die Ausfuhr ist im März neuerlich gestiegen und erreichte mit 763 Mill. S fast den bisherigen Höchststand vom November 1950 (765 Mill. S). Das hohe Ausfuhrvolumen ist allerdings vorwiegend dem Export von Rohstoffen und halbfertigen Waren zu verdanken, während der Fertigwarenexport vielfach zurückgeht. Da gleichzeitig die kommerzielle Einfuhr auf 989 Mill. S und die Gesamteinfuhr auf 1.208 Mill. S stieg, war die kommerzielle Handelsbilanz dennoch mit 226 Mill. S und die gesamte Handelsbilanz mit 445 Mill. S stark passiv.

Im Verkehr mit den Teilnehmerstaaten der Europäischen Zahlungsunion (einschließlich Sterlingzone) betrug die Einfuhr 35'1 Mill. \$ und die Ausfuhr 25'9 Mill. \$. Der Einfuhrüberschuß ist mit 9'2 Mill. \$ etwas niedriger als das Monatsdefizit bei der Europäischen Zahlungsunion (10'7 Mill. \$, davon 8'1 Mill. \$ durch die Ausgangsposition gedeckt).

Für das Programmjahr 1950/51 ergibt sich damit folgende Zahlungsbilanzsituation gegenüber der Europäischen Zahlungsunion: In den ersten drei Quartalen des Jahres 1950/51 wurden Waren im Werte von 212 Mill. \$ eingeführt und Waren im Werte von 182 Mill. \$ ausgeführt; der Einfuhrüberschuß beträgt somit 30 Mill. \$ und unter Berücksichtigung der unsichtbaren Transaktionen 20 Mill. \$. Tatsächlich wurden jedoch bei der Europäischen Zahlungsunion infolge der Diskrepanz zwischen Warenlieferungen und Devisenzahlungen¹⁾ 83 Mill. \$ beansprucht. Da für das ganze Wirtschaftsjahr Importe von 325 Mill. \$ (Preisbasis Oktober 1950), d. s. auf Preisbasis März 1951 408 Mill. \$, vorgesehen wurden, müßten im letzten Quartal programmgemäß noch Waren im Werte von 170 Mill. \$ eingeführt werden, während die Exporterlöse 60 Mill. \$ kaum übersteigen werden²⁾. Angesichts des starken Ausein-

anderklaffens zwischen Import-Soll und Exportmöglichkeiten war es unvermeidlich, das Importprogramm beträchtlich zu kürzen. Der Devisenverwendungsplan für das letzte Quartal des Wirtschaftsjahres 1950/51 sieht daher nur Importe von 85 Mill. \$ vor, die teils durch Exporterlöse, teils durch Erhöhung der Ausgangsposition und teils durch Einsatz von Devisenreserven finanziert werden sollen. Das bedeutet eine Kürzung des im Jahresprogramm vorgesehenen Einfuhrvolumens um rd. 20 %.

Zahlungsbilanz gegenüber EPU-Staaten (Teilweise auf Schätzungen beruhend)

	Programm 1950/51		Ergebnisse v. Juli 1950 bis März 1951		Vorschätzung 4. Quartal	
	Preise Okt. 1950	Preise März 51 ¹⁾	laufende Preise	Preise März 51 ¹⁾	Preise Soll lt. Progr. ²⁾	vor-sichtl. real-sierbar ⁴⁾
	a)	b)	c)	d)	e)	f)
Importe	325	408	212 ³⁾	238	170	85
Exporte	232	248	182 ³⁾	189	59	53
Handelsbilanz ..	93		30 ³⁾		111	32
Unsichtbare Transaktionen	+ 13	+ 14	+ 10	+ 11	+ 3	+ 1
Diskrepanz Handels-Devisenbilanz ...	—		63		—	+ 4
Defizit	80		83		108	27

¹⁾ Umrechnung mit Hilfe von Außenhandelspreisindizes (siehe „Entwicklung der österreichischen Außenhandelspreise seit Ausbruch des Korea-Konfliktes“, S. 203). —

²⁾ Ergebnisse der Außenhandelsstatistik. Vorauszahlungen auf Importe werden nicht als Erfüllung des Jahresprogrammes gerechnet. — ³⁾ b minus d. — ⁴⁾ Unter der Annahme daß ein Defizit von 27 Mill. \$ durch Erhöhung der Ausgangsposition und Einsatz von Devisenreserven gedeckt werden kann.

Die Kürzung der Importe stellt an Devisenbewirtschaftung und Außenhandelslenkung hohe Anforderungen, gilt es doch die Beschränkungen so zu verteilen, daß Produktion, Beschäftigung und Nahrungsmittelversorgung der österreichischen Wirtschaft möglichst wenig beeinträchtigt werden. Diese Aufgabe ist um so schwieriger, als die Technik des Außenhandelsverfahren nach wie vor sehr kompliziert und unübersichtlich ist, brauchbare statistische Unterlagen vielfach fehlen und nicht nur auf die Bedürfnisse der österreichischen Wirtschaft, sondern auch auf handelsvertraglich übernommene Verpflichtungen Rücksicht genommen werden muß.

grammes gerechnet. Sie wird in der vorliegenden Schätzung nicht berücksichtigt, da es sich vorwiegend um einen zusätzlichen Devisenbedarf infolge des Überganges von Kompensations- zu Devisengeschäften (Erhöhung des Betriebskapitals) handelt, dem nicht nur vorübergehend, sondern dauernd keine Importe gegenüberstehen, solange sich die Zahlungsfristen nicht ändern oder wieder zum Kompensationsverkehr zurückgegangen wird. Schließlich wurde die Verschlechterung der realen Austauschverhältnisse im österreichischen Außenhandel bisher mangels entsprechenden statistischen Unterlagen unterschätzt (siehe „Entwicklung der Außenhandelspreise seit Ausbruch des Korea-Konfliktes“, S. 203). Rechnet man diese Beträge zum Defizit von 30 Mill. \$ hinzu, so stimmen beide Schätzungen überein.

¹⁾ Siehe Monatsberichte Nr. 3, Jg. 1951, S. 114.

²⁾ Das Defizit (Unterschied zwischen Soll-Importen auf Grund des Jahresprogramms und laufenden Deviseneinnahmen, einschließlich der ursprünglichen Ausgangsposition von 80 Mill. \$) beträgt demnach 110 Mill. \$ (im letzten Monatsbericht wurde es größenordnungsmäßig auf 120 Mill. \$ geschätzt). Dieser Betrag ist bedeutend höher als das vielfach genannte Defizit von bloß 30 Mill. \$. Die Differenz erklärt sich hauptsächlich daraus, daß die letztgenannte Schätzung bereits eine Kürzung des Importprogrammes um 45 Mill. \$ berücksichtigt. Außerdem wurde eine Erhöhung der Vorauszahlungen für Importe in Höhe von 36 Mill. \$ als Erfüllung des Jahrespro-

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 206–207

Das *Geldvolumen* (Notenumlauf plus freie Giroverbindlichkeit der Nationalbank – ohne jene an Kreditinstitute – plus Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten) ist im März um 146 Mill. S (von 14.844 Mill. S auf 14.990 Mill. S) gestiegen. Der Banknoten-umlauf erhohnte sich um 82 Mill. S, die freien Giroverbindlichkeiten der Nationalbank (außer an Kreditinstitute) gingen um 138 Mill. S zurück, die Scheckeinlagen nahmen um 202 Mill. S zu. Insgesamt hat sich damit das Geldvolumen im ersten Quartal 1951 um 382 Mill. S erhohzt gegenüber einer Abnahme von 218 Mill. S im ersten Quartal 1950.

Im März ist der ausgewiesene Devisenbestand der Nationalbank im Zuge der Saldenabrechnung mit der EPU stark – um 239 Mill. S auf 414 Mill. S – gestiegen. Dadurch, und infolge der Einzahlung von Verkaufserlösen für Lieferungen im Rahmen der direkten Hilfe, erhohzten sich die zeitlich gesperrten Guthaben öffentlicher Stellen bei der Nationalbank (in der Hauptsache Counterpartkonten) um 416 Mill. S. Die Bewegung auf den Devisen- und Counterpartkonten verminderte den Notenumlauf per Saldo um 177 Mill. S, (Dieser Betrag dürfte annähernd den Erloseingangen aus der direkten Hilfe entsprechen.) Hiezu kam eine Abnahme der Bundesnotenschuld um 17 Mill. S (auf 3.660 Mill. S) sowie ein geringfügiger Rückgang des Bestandes der Nationalbank an eskontierten Bundesschatzscheinen nach § 27 W. Sch. G. (um 1 Mill. S auf 748 Mill. S).

Expansiv auf den Notenumlauf wirkte, daß öffentliche Stellen 138 Mill. S und Kreditinstitute 14 Mill. S per Saldo von ihren freien Nationalbankgiroguthaben abhoben, ferner der Eskont von Aufbauwechsellen für 99 Mill. S, von sonstigen Wechsellen für 4 Mill. S und schließlich von Besatzungskostenschatzscheinen für 21 Mill. S. Im Ergebnis haben die geschilderten Veränderungen im Nationalbankausweis den Banknoten-umlauf – wie oben bereits erwähnt – um 82 Mill. S (auf 6.089 Mill. S) erhohzt.

Im März wurde eine weitere *Rahmen-Freigabe von ERP-Counterpartmitteln* bekanntgegeben. Der Freigabebetrag beläuft sich auf 600 Mill. S, wovon 46 Mill. S für das Bundesinvestitionsprogramm (a. o. Budget), 108 Mill. S für Sonderwiederaufbauprogramme und 446 Mill. S für Industrieinvestitionen (einschl. Energiewirtschaft) vorgesehen sind.

Die *Kreditexpansion* hat sich auch im März, wenn auch etwas abgeschwächt, fortgesetzt. Die Zunahme betrug 310 Mill. S (auf 11.879 Mill. S), wovon 65 Mill. S auf Rohstoffkredite, 93 Mill. S auf Aufbau-

Geplante Aufteilung der 600 Mill. S Counterpart-Freigabe vom 22. März 1951

68	Mill. S	für die Land- und Forstwirtschaft,
130	„	S für das Energiebauprogramm,
100	„	S für die eisenschaffende Industrie,
75	„	S für die Papier- und Zelluloseindustrie,
15	„	S für die Holzverarbeitende Industrie,
32	„	S für den Kohlenbergbau und die Nichteisenmetallerzeugung,
48	„	S für die metallverarbeitende, chemische und Elektroindustrie,
46	„	S für die Textilindustrie sowie verschiedene kleinere Investitionsvorhaben,
46	„	S für das Bundesinvestitionsprogramm und
40	„	S für den Fremdenverkehr und die Exportförderung.

kredite, die durch ERP-Counterpart-Freigaben gedeckt sind, und 152 Mill. S auf sonstige Kredite entfielen. Insgesamt beträgt die Kreditausweitung im I. Quartal 1951, 1.177 Mill. S, gegenüber 963 Mill. S im I. Quartal 1950, in dem sich das Kreditvolumen als Folge der Wechselkursanpassung (von November 1949) ebenfalls stark erhohzt hat.

Die Entwicklung des Kreditvolumens der Kreditinstitute

Zeit	Zuwachs gegen Vorquartalsende	
	Mill. S	%
Ende I. Quartal 1948	565'3	26'3
„ II. „ „	332'5	12'3
„ III. „ „	391'7	12'9
„ IV. „ „	770'7	22'4
„ I. „ 1949	708'6	16'8
„ II. „ „	561'6	11'4
„ III. „ „	761'0	13'9
„ IV. „ „	773'5	12'4
„ I. „ 1950	962'9	13'7
„ II. „ „	801'8	10'1
„ III. „ „	914'5	10'4
„ IV. „ „	1.011'7	10'4
„ I. „ 1951	1.176'8	11'0

über die Aufgliederung des Kreditvolumens nach Laufzeiten, Kreditbetrag und Wirtschaftszweigen liegen noch keine Daten vor. Im 4. Quartal 1950 hatten – entsprechend der erhohzten Nachfrage nach Betriebs- und Importkrediten, infolge der Preis- und Lohndynamik im Inland und der Preishausse auf den Weltmärkten – die Großkredite mit Laufzeiten von 3 bis 12 Monaten (und 12 Monaten bis 5 Jahre) vor allem an den Handel (und Verkehr) und an die Industrie am stärksten zugenommen.

Die Zahlungsbilanzkrise sowie die interne Lohn- und Preisdynamik haben die maßgeblichen Stellen veranlaßt, eine *vorsichtigeren Kreditpolitik* einzuschlagen. Das zwischen der Nationalbank und den Banken geschlossene Abkommen über eine freiwillige qualitative Kreditkontrolle, die offenbar auch quantitative Ergebnisse (Verlangsamung der Kreditexpansion

sion) zeitigen soll, wurde bereits im letzten Monatsbericht erwähnt. Dieses Abkommen enthält auch eine Verpflichtung der Banken, bestimmte Liquiditätsreserven ersten und zweiten Grades zu halten. Ferner hat die Nationalbank die Laufzeit ihrer Rediskontzusagen verkürzt.

Die *Einlagen bei den Kreditinstituten* sind im März um 241 Mill. S gestiegen, wovon 202 Mill. S auf Scheckeinlagen, 39 Mill. S auf Spareinlagen entfielen. Die Parallelität zwischen Kreditexpansion und Zunahme der Scheckkonten (seit Jahresbeginn 860 Mill. Schilling) ist deutlich erkennbar.

Entsprechend dem allgemeinen Preisauftrieb steigen die Aktienkurse weiter. Der Kursindex von 36 Industrieaktien erhöhte sich von 275,2 Mitte März auf 280,0 Mitte April (März 1938 = 100), das ist eine Steigerung um 1,7%. Damit ist das Kursniveau seit Jahresbeginn (seit Dezember 1950) um 14,4% gestiegen. Die Kursverbesserungen verteilten sich mehr oder weniger gleichmäßig auf die Aktien aller erfaßten Industrien mit Ausnahme verstaatlichter Betriebe, deren Aktienkurse seit Februar sinken. Auf dem Sektor der *Anlagepapiere* geht der Index festverzinslicher Werte — ebenfalls seit Februar — leicht zurück. Der Kurs der 5%igen Aufbauanleihe 1949 blieb unverändert auf 87 S per 100 S Nominale, während der Kurs der Bundesschuldverschreibungen 1947 scharf (um 12,1%) von 39,25 S auf 44 S per 100 S Nominale stieg. Ursache dieser Kursaufbesserung dürfte die erhöhte Nachfrage von Vermögens- und Vermögenszuwachsabgabepflichtigen sein, für die die zweijährige Frist abläuft, während der sie besondere Begünstigungen für Überzahlung ihrer Raten erhalten.

Preise, Löhne, Lebenshaltungskosten

Dazu statistische Übersichten S. 208—210

Das allgemeine Preisniveau ist in der Berichtszeit weiter gestiegen. Wohl gingen die Preise einzelner Lebensmittel sowie die reagiblen Preise teils saisongemäß, teils unter dem Einfluß sinkender Weltmarktpreise etwas zurück. Bei gewerblichen Gütern hielt dagegen der starke Preisauftrieb unvermindert an.

Auf dem Gebiete der Rohstoffe und Halbfabrikate ist vor allem die bereits im letzten Bericht erwähnte Verteuerung von Kohle und Eisen von entscheidender Bedeutung. Die Preise für polnische Kohle wurden ab 1. April um durchschnittlich 68 bis 76%, die für tschechoslowakische Kohle ab 20. März (teilweise schon ab 1. Februar) um 16% (Steinkohle grob) bis 82% (Gießereikoks) erhöht. Eisen wurde im Durchschnitt um 25%, Stahl um 13 bis 28% teurer

(beides ab 1. April). Auch die Gießereien erhöhten ihre Preise um weitere 6% (seit Jahresbeginn um 20%). Die Papierindustrie zog — nachdem sie bereits im März ihre Verkaufspreise im allgemeinen um 25% erhöht hatte — auch den Preis für Rotationsdruckpapier nach. Auf den Märkten für Häute, Leder und Schuhe kam es Ende April zu einem neuen Abkommen der „Wirtschaftskommission“, das weitere Verteuerungen des Leders bis zu 10% zuläßt. Die neuen Preise berücksichtigten im allgemeinen bereits die jüngsten Lohnerhöhungen.

Außer den Preisen wichtiger Grundstoffe geraten immer mehr Fertigwarenpreise in Bewegung. Als Folge der Erhöhung der Papierpreise wurden Papierwaren im allgemeinen um 20% und Zeitungen (ab 17. April) um 28 bis 48% teurer. Das oben erwähnte Abkommen in der Leder- und Schuhwirtschaft gestattet eine Erhöhung der Preise für Schuhe bis zu 6%, mit Ausnahme der Preise für „Austria-ERP-Schuhe“, die auf dem Stand von S 108— und S 120— bleiben sollen. Die Preise für Fahrzeugbereifung erhöhten sich um 20 bis 25%. Stärkere Preissteigerungen konnten weiters bei vielen Investitionsgütern (Maschinen, Werkzeuge, Fahrzeuge, Baustoffe) sowie bei Haushaltsgeräten, Geschirr und Möbeln festgestellt werden. Da sich die jüngsten Verteuerungen der Grundstoffe (insbesondere von Kohle und Eisen) erst teilweise auf die Fertigwaren ausgewirkt haben, muß mit einem weiteren Preisauftrieb gerechnet werden.

Infolge der Exportkonjunktur und der hohen Flüssigkeit vieler Betriebe lassen sich Produktionsmittel im allgemeinen auch bei stark erhöhten Preisen unschwer absetzen. Dagegen hielt die Konsumgüternachfrage bei einigen Waren (Textilien, Möbeln usw.) mit dem — teilweise zunehmenden — Angebot zu höheren Preisen nicht Schritt. Offenbar haben Vorratskäufe den „Bedarf“ insbesondere an Gütern periodischer Bedarfsdeckung vorübergehend „gesättigt“ und die Barreserven der Konsumenten erschöpft. Außerdem dürfte die vorsichtiger Kreditgewährung an Konsumenten und Händler preisdrückend wirken. Besonders auf den Textilwarenmärkten war, teilweise von Erzeugung und Großhandel ausgehend, ein merklicher Preisdruck zu beobachten, der durch die Schwierigkeiten beim Export nach Deutschland verstärkt wurde.

Die verfügbaren Preisindizes zeigen deutlich die vorhin geschilderte Preisbewegung. Nach dem Index des Statistischen Zentralamtes sind die *Großhandelspreise* von März auf April neuerlich um 5,4% gestiegen (von 672 auf 708; März 1938 = 100). Die Stei-

gerung betraf ausschließlich den Index der Industriestoffpreise, der sich um 11,6% (auf 981) erhöhte, während der Index der Nahrungs- und Genußmittelpreise unverändert blieb. Es stiegen die Preise für Baumwolle, Wolle, Steinkohle, Koks, Brennholz, Bau- und Nutzholz, Stabeisen, Grobbleche, Zink und Zellulose. Der Kautschuk- und der Zinnpreis gingen zurück.

Der *Preisindex der Lebenshaltung* für Wien (gewogen nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema für eine Arbeiterfamilie mit zwei Kindern) ist von Mitte März bis Mitte April um 1,5% (von 538,6 auf 530,8; März 1938 = 100) gesunken, liegt aber immer noch um 8,1% über dem Wert von Oktober 1950 (unmittelbar nach dem vierten Preis-Lohn-Abkommen). Der Rückgang ist auf die starke saisongemäße Verbilligung von Gemüse¹⁾ zurückzuführen und hat keinen Zusammenhang mit dem Trend, der weiterhin steigt. Mit Ausnahme der Bekleidung sind fast alle im Index enthaltenen industriellen und gewerblichen Preise gestiegen. Die Verteuerung der Zeitungen und des Importschmalzes (von S 14,- auf S 16,- pro kg) wird — da sie nach dem Stichtag (Monatsmitte) vorgenommen wurde — erst den Mai-Index beeinflussen.

Die *reagiblen Preise* spiegelten teilweise die in letzter Zeit rückläufige Bewegung auf dem Weltmarkt wider. Von Mitte März auf Mitte April sank der Silberpreis um 8%, der Diamantenpreis um 2%. Der Index der Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum ging daher um 2% (von 5,4 auf 5,3; März 1938 = 1) zurück. Auch auf den „schwarzen“ Buntmetallmärkten ließen die Preise leicht nach. Die „schwarzen“ Devisenkurse blieben unverändert.

Gleichzeitig mit den Preisen steigt die Lohn- und Gehaltssumme. Nach einer vorläufigen, noch nicht vollständigen Zusammenstellung²⁾ erhöhten sich im April die Tariflöhne und -gehälter für etwa 30% aller Arbeiter und Angestellten der gewerblichen Wirtschaft³⁾ im Durchschnitt um 10%. Außer den bereits im letzten Bericht erwähnten Bau- und Holzarbeitern erhielten u. a. folgende wichtige Berufsgruppen Lohnerhöhungen: Zementarbeiter, Glasarbeiter, graphische Arbeiter, Arbeiter in der Papierwarenerzeugung, in der Lederwarenerzeugung, im Hotel-, Gast- und Schankgewerbe (Wien), im Handel und in einigen Zweigen der Textil- und Beklei-

¹⁾ Im Index ist das Gemüse durch Spinat vertreten, der als einzige Gemüseart das ganze Jahr über erhältlich ist.

²⁾ Berichte über die Lohnbewegung in den Bundesländern sind erfahrungsgemäß lückenhaft und stehen meist verspätet zur Verfügung.

³⁾ Ohne öffentliche Hand, Landwirtschaft und Haushilfen.

dungsindustrie. Die Gehälter wurden erhöht im Handel (ab Beschäftigungsgruppe II), im graphischen Gewerbe, im Hotel-, Gast- und Schankgewerbe sowie für Journalisten.

Infolge der Erhöhung der Bauarbeiterlöhne und jener in der Holzverarbeitenden Industrie ist der *Arbeitertariflohnindex* (Nettolöhne⁴⁾) für Industrie und Gewerbe in Wien von März auf April um 2,9% (von 544,1 auf 560,0; April 1945 = 100) gestiegen. Die Erhöhung gegenüber Oktober vorigen Jahres (nach dem vierten Preis-Lohn-Abkommen) beträgt 7,2%.

In einigen Sparten, wo die Bezüge seit dem vierten Preis-Lohn-Abkommen unverändert geblieben sind, finden Lohnverhandlungen statt (z. B. bei den Frisuren und bei den Bauangestellten). Außerdem stellen aber auch Berufsgruppen, deren Löhne bereits seit Oktober 1950 erhöht wurden, neue Lohnforderungen. Auch die öffentlichen Angestellten haben auf Grund der Erhöhung der Lebenshaltungskosten weitere Forderungen angemeldet.

Die *Arbeiternettoverdienste* (ohne Kinderbeihilfe) in Industrie und Gewerbe von Wien sind nach dem Index des Institutes in der Zeit von September 1950 bis Februar 1951 um 16,3% (von 372,8 auf 433,6; Schillingverdienste August 1938 = 100) gestiegen. Die Erhöhung zwischen Jänner und Februar 1951 beträgt 2,1%. Die Aufwärtsentwicklung der Arbeiterverdienste ist teilweise auf die Lohnerhöhungen im Rahmen des vierten Preis-Lohn-Abkommens, teilweise auf längere Arbeitszeit und teilweise auf die Lohnerhöhungen nach dem Abkommen zurückzuführen.

Der Baukostenindex⁵⁾

Infolge der raschen und vielfach unübersichtlichen Preisdynamik hatte sich die Berechnung des vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung zusammen mit Dozent Dr. Maculan erstellten Baukostenindex etwas verzögert, so daß der Index nicht mehr im Textteil des vorigen Monatsberichtes untergebracht werden konnte. Das Institut hat den Index jedoch — in einer hektographierten Beilage — den Interessenten zugestellt. Diese Darstellung wird hier wiederholt und ergänzt.

Nach dem Index sind die Rohbaukosten für Wohnungen in Wien von Dezember 1950 bis März 1951 um 9,4% gestiegen. Der Index auf Basis 1945 erreichte damit einen Stand von 694,1⁶⁾ gegenüber

⁴⁾ Verheiratete mit zwei Kindern.

⁵⁾ Siehe auch die Zusammenstellung „Baukostenindex“ im Tabellenteil dieses Berichtes.

⁶⁾ 1 RM = 1 neuer S.

6345 im Dezember 1950¹⁾. Die entsprechenden Indexzahlen auf Basis 1937 lauten 653'5²⁾ und 597'4.

Verteuerung der Baustoffe von Dezember 1950 bis März 1951

Baustoffe	Einheit	Preis in S je Einheit		Erhöhung in %
		Dez. 1950	März 1951	
Mauerziegel, Werk	1.000 St.	310'00	360'00	16'1
Zement, Werk	100 kg	28'00	37'00	32'1
Stückkalk, Werk	100 „	28'00	31'00	10'7
Gips, Lager	100 „	24'90	30'60	22'9
Betonisen, Lager	100 „	234'00	312'50	33'5
Gipsplatten, Werk	m ²	16'50	18'80	13'9
Heraklith, 5 cm, Händler	m ²	11'85	14'80	24'9
Düwesteine, Werk	1.000 St.	1.720'00	2.040'00	18'6
Draht und Nägel, Händler	100 kg	380'00	423'00	11'3
Dachpappe, Händler	m ²	4'98	7'60	52'6
Gußeisen, Abortrohre, Händler	kg	6'60	7'92	20'0
Kanalrohre, Steinzeug, Ø 150, Lager	m	24'30	32'40	33'3
Dolomitsand	m ³	30'22	43'20	43'0

Das neuerliche Emporschnellen der Baukosten war ausschließlich eine Folge höherer Preise für Baustoffe (Auswirkungen der Koreakrise, sekundäre Preis-erhöhungen nach dem 4. Preis-Lohn-Abkommen), deren Index um 17'5 % stieg. Der Index für „Arbeit“ blieb hingegen im I. Quartal 1951 noch unverändert.

Auch nach dem März 1951 hält die steigende Tendenz der Baukosten an. Mit Wirkung vom 1. April wurden die Bauarbeiterlöhne um durchschnittlich 10 % erhöht, woraus sich eine 8%ige Steigerung des Aufwandes für „Arbeit“ ergibt. Sie ist geringer als die des Durchschnittslohnes, weil der Aufwand für „Arbeit“ auch kalkulatorisch den Arbeitskosten zurechenbare Sachkosten (Hilfs- und Nebenmaterialkosten) enthält und das Baugewerbe bemüht ist, einen Teil der Kostenerhöhung – vor allem durch Produktivitätssteigerung – aufzufangen. Unter Berücksichtigung der neuen Lohnerhöhung lagen die Rohbaukosten Anfang April mit 717'6³⁾ und 675'7 (1945 und 1937=100) um 3'4 % über jenen im März und überschritten die Baukosten vom Dezember um 13'1 %.

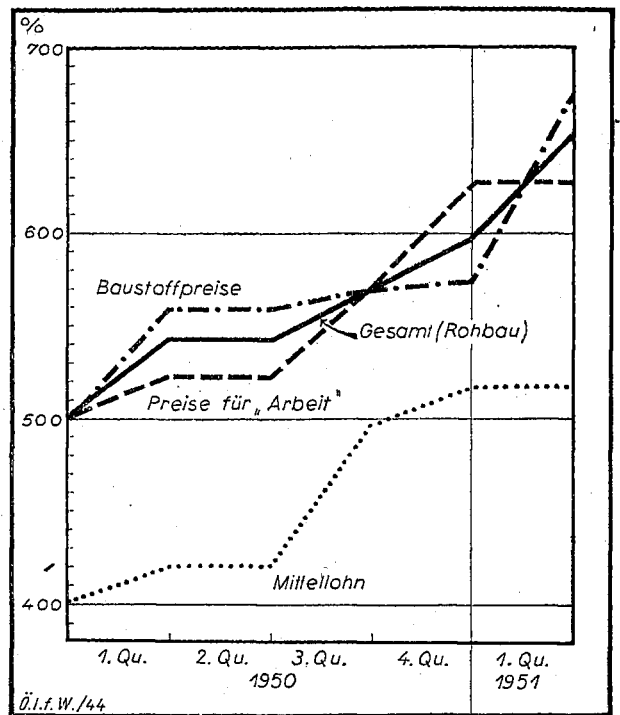
Noch im April sind die meisten Baustoffpreise als Folge der Verteuerung von Kohle, Eisen und Stahl sowie infolge von Lohnerhöhungen weiter gestiegen, so daß mit einer neuerlichen erheblichen Baukostenerhöhung zu rechnen ist. Vielfach führt die Erwartung weiter steigender Baukosten dazu, daß sich sowohl die privaten als auch öffentlichen Bauherren bemühen, ihre Projekte rascher ausführen zu lassen, um noch ein möglichst großes Bauvolumen

1) Nachträgliche Korrekturen haben den Dezemberindex geringfügig geändert.

2) 1 alter S = 1 neuer S.

3) Dabei ist zu berücksichtigen, daß der im Index nicht enthaltene Teil der gesamten Baukosten – nämlich die Preise der Handwerksarbeiten – vor allem infolge der starken Verteuerung von Holz und Buntmetallen noch stärker gestiegen sein muß als die Rohbaukosten (Baumeisterarbeiten).

Entwicklung der Rohbaukosten im Wiener Wohnungsbau
(Normaler Maßstab; Durchschnitt 1937 = 100)



Die Baukosten sind seit Anfang 1950 ständig gestiegen. Der Rohbau (im Wiener Wohnungsbau) kostete im März 1951 150.— S je m³ gegen 115.— S im Dezember 1949 und 23.— S im Jahre 1937. Die Erhöhung der Baukosten ist teils auf höhere Materialpreise, teils auf höhere Löhne zurückzuführen.

zu relativ niedrigen Preisen fertigzustellen. Da jedoch die finanziellen Mittel, besonders die der öffentlichen Hand, beschränkt sind, könnte nach ihrem vorzeitigen Verbrauch die Weiterführung der verschiedenen angefangenen oder geplanten bzw. budgetierten Bauvorhaben gefährdet werden, außerdem könnte das Baugewerbe (infolge erhöhten Kapitalbedarfes und der schwierigen Prozedur bis zur Anerkennung höherer Preise insbesondere durch öffentliche Bauherren) in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Beide Faktoren würden die Beschäftigungslage im späteren Verlaufe des Jahres – insbesondere bei einem etwaigen Abflauen der Sonderkonjunktur – nachteilig beeinflussen.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 211

Nachdem die Nahrungsmittelimporte in den ersten Monaten 1951 beachtlich zugenommen haben und an den wichtigsten Waren (Brotgetreide, Fett) wieder bescheidene Vorräte gebildet werden konnten, zwingen die Zahlungsbilanzschwierigkeiten, die Importe in den nächsten Monaten neuerlich einzu-

schränken. Während im I. Quartal 1951¹⁾ Nahrungsmittelleinfuhren von nahezu 44 Mill. \$ geplant und auch bewilligt wurden, sieht der Devisenverwendungsplan für das II. Quartal nur 35,2 Mill. \$ für Ernährungszwecke vor, wovon 2,5 Mill. \$ für Importe von Brotgetreide vorgegriffen wurden (Kürzung um 20%). Aber auch dieser Betrag kann nur zugeteilt werden, wenn sich die Deviseneingänge auf der erwarteten Höhe halten und eine zusätzliche „Ausgangsposition“ von 15 Mill. \$ bewilligt wird.

Vom gesamten Einfuhrwert für Nahrungsmittel entfallen nach dem Plan 10,7 Mill. \$ (30,4%) auf direkte ERP-Hilfe, 14,5 Mill. \$ (41,0%) auf Einfuhren aus ERP-Teilnehmerländern, 5,9 Mill. \$ (16,8%) auf den Clearingverkehr mit den Oststaaten und 4,1 Mill. \$ (11,8%) auf den Verrechnungsverkehr mit Lateinamerika und sonstigen Nichtteilnehmerländern. Freie Dollarbeträge sind für Nahrungsmittelimporte nicht vorgesehen.

Gegenüber dem Vorquartal werden vor allem die Brotgetreideimporte eingeschränkt (von 21,5 auf 13,8 Mill. \$), da im ersten Quartal große Importe getätigt wurden (rund 280.000 Tonnen), die zusammen mit der Inlandsaufbringung den Bedarf für die nächste Zeit sichern. Mit dem vorgesehenen Betrag können im II. Quartal auf Grund der derzeitigen Preise etwa 155.000 Tonnen Brotgetreide eingeführt werden; davon sollen 100.000 Tonnen aus dem ERP, 47.000 Tonnen aus Teilnehmerstaaten und der Rest aus Lateinamerika bezogen werden. Stark gekürzt (von 4,55 auf 2,92 Mill. \$) werden auch die Einfuhren verschiedener entbehrlicher Waren (z. B. Reis, Tee, Gewürze u. ä.). Auf dem Fettsektor läßt die Versorgungslage nur eine Verminderung der Importe von Schmalz zu (von 5,25 auf 3,6 Mill. \$), während die Einfuhren von Fettrohstoffen sogar von 3,4 auf 4,2 Mill. \$ erhöht werden sollen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die ursprünglich vorgesehenen Fettimporte mangels entsprechender kommerzieller Einfuhrmöglichkeiten nicht voll durchgeführt werden konnten. Die freigebliebenen Beträge werden auf das II. Quartal (hauptsächlich den ERP-Lieferungen) angerechnet. Insgesamt sind für das II. Quartal Importe von 6.000 Tonnen Schmalz und fast 7.000 Tonnen Fettrohstoffen (Hartfett und Kopra in Reinfett gerechnet) vorgesehen. Diese Mengen würden ausreichen, die derzeitigen Rationen von Schmalz etwa drei, die von Speisefetten mehr als vier weitere Monate zu decken. Bei den anderen Nahrungsmitteln wurde das Importprogramm gegenüber dem I. Quartal nicht gekürzt, vereinzelt sogar erhöht. Im ganzen

¹⁾ Über das Importprogramm für das I. Quartal 1951 siehe Nr. 1 der Monatsberichte, Jg. 1951, S. 8.

läßt die geplante Kürzung der Nahrungsmittelimporte, sofern sie nicht noch vergrößert werden muß, für die nächste Zeit keine Versorgungsschwierigkeiten befürchten.

Unzulänglich ist hingegen in letzter Zeit die Versorgung mit *Milch* und *Butter*. Nachdem sich die Marktproduktion von Milch im Jänner und Februar vorübergehend gebessert hat (von September bis Dezember 1950 ist die Marktleistung ständig gesunken), trat im März und April neuerlich eine Verschlechterung ein. Die durchschnittliche Tagesmarktleistung nahm im März um 5% ab und unterschritt das Niveau des entsprechenden Monats des Vorjahres um 9%²⁾. Dieser übersaisonnmäßige Rückgang der Marktleistung ist einerseits auf die Abnahme der Produktion als Folge des Mangels an Kraftfutter, andererseits auf die stark verzerrte Struktur der landwirtschaftlichen Preise, die zu erhöhter Verfütterung von Milch anreizt, zurückzuführen (siehe hierzu „Zum Problem des Milchpreises“). Der Rückgang der Milchaufbringung beeinträchtigt in erster Linie die Butterversorgung. Nachdem die Marktproduktion bereits im Februar trotz steigenden Milchlieferungen zugunsten des Trinkmilchkonsums im Tagesdurchschnitt um 7% vermindert wurde, sank sie im März neuerlich um 12% und erreichte nur noch 70% von März 1950. Da auch Importbutter nur in verschwindend geringen Mengen auf den Markt kam, war Butter knapper als zur Zeit der Rationierung. Der Absatz von Trinkmilch mußte im März um 1,3% ein-

Marktleistung von Milch und Milchprodukten¹⁾

	Milch insges.	Butter	davon			Trinkmilch- absatz ²⁾
			Käse	Topfen		
Tagesdurchschnitt in t						
1950 IX.....	2.493	49'8	21'9		9'7	1.306
X.....	2.446	51'3	20'3		15'3	1.275
XI.....	2.111	38'8	13'5		11'8	1.243
XII.....	2.082	34'1	15'8		11'6	1.238
1951 I.....	2.257	38'9	24'5		15'1	1.221
II.....	2.302	36'1	27'1		13'0	1.285
III.....	2.182	31'8	26'5		10'5	1.268
in % des entsprechenden Vorjahrsmonats						
1950 IX.....	116'1	88'9	116'5		66'9	139'1
X.....	103'3	79'8	98'5		102'0	134'2
XI.....	101'0	73'3	82'3		92'9	126'4
XII.....	106'0	75'9	107'5		109'4	122'0
1951 I.....	101'7	77'3	106'5		96'8	110'9
II.....	97'4	69'7	97'8		79'8	111'0
III.....	91'4	69'7	89'5		66'0	102'8

¹⁾ Nach Angaben des Milchwirtschaftsfonds. Vorläufige Zahlen. — ²⁾ Konsummilch.

²⁾ Seit 1946 war der Trend der Marktproduktion, von Milch abgesehen, von einem durch die Trockenheit bedingten Rückschlag im Jahre 1947, der in den ersten Monaten 1948 noch nachwirkte, ständig steigend. Er scheint sich nunmehr zu stabilisieren, wenn nicht sogar umzukehren. (Im Februar 1951 wurde erstmalig seit April 1948 die Marktproduktion des gleichen Monats des Vorjahres um 3% unterschritten.)

geschränkt werden, war allerdings noch immer um 3% höher als im März 1950.

Der allgemeine Rückgang der Marktleistung wirkte sich auch auf die Milchlieferungen nach Wien aus. Sie gingen im Wochendurchschnitt im März um 7% und in der ersten Aprilhälfte um weitere 8% zurück. Immerhin wurde im März nach Wien noch um 16% mehr Vollmilch geliefert als im März 1950, obwohl die gesamte Milchaufbringung bereits 9% unter dem Vorjahresstand lag. Erst in den ersten zwei Aprilwochen wurde der Vorjahresstand geringfügig (um 0,6%) unterschritten. Die Behauptung von einem Milchboykott Wiens trifft daher nicht zu. Bezieht man auch die Magermilchanlieferung ein, die im Vorjahr bis zur Aufhebung der Rationierung noch relativ hoch war, derzeit mangels Nachfrage verschwindend gering ist¹⁾, war die gesamte Milchaufbringung in Wien im März um 1%, in der ersten Aprilhälfte um 13% niedriger als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Da die Molkereien vor allem aus Rentabilitätsgründen Schlagobers und Rahm in nahezu unveränderten Mengen erzeugten, ging das Trinkmilchangebot noch stärker zurück und reichte bei weitem nicht aus, die in letzter Zeit vor allem saisongemäß zunehmende Nachfrage zu decken. Während der Milchhandel teilweise dazu überging, Milch auf privatem Wege wieder zu rationieren, ist Schlagobers insbesondere in den Konditoreien nach wie vor in beliebiger Menge erhältlich.

Milchanlieferung nach Wien¹⁾

Monat	1950		1951		1951 in % von 1950	
	Vollmilch	Magermilch	Vollmilch	Magermilch	Vollmilch	Magermilch
	Wochendurchschnitt in hl					
I.....	28.062'8	6.510'6	37.877'9	20'1	135'0	0'3
II.....	29.244'6	6.826'8	39.922'3	27'8	136'5	0'4
III.....	32.030'4	5.772'0	37.260'8	40'5	116'3	0'7
IV. ²⁾	34.339'0	4.730'5	34.118'3	58'2	99'4	1'2

¹⁾ Nach den Wochenausweisen des Marktamtes der Stadt Wien. — ²⁾ Erste Hälfte.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 211

Obwohl es im April wenig regnete, gingen die *Frühjahrsaat* dank befriedigender Bodenfeuchtigkeit gut auf. Ausschlaggebend für die Entwicklung von Sommergetreide, Rüben und Futterpflanzen wird allerdings die Witterung im Monat Mai sein; ist sie kühl und feucht, dann darf man gute Ernten erwarten. *Wintergetreide* (Roggen und Weizen) entwickelte sich dank ausreichender Winterfeuchtigkeit — nur nördlich der Alpen blieben die Niederschläge

¹⁾ Im März 1950 betrug die Magermilchanlieferung etwa ein Fünftel, im März 1951, obwohl sie seit Anfang des Jahres ständig zugenommen hat, nur ein Zehntel Prozent der Vollmilchzufuhren.

etwas unter dem Durchschnitt — schon bisher so gut, daß mit normalen Erträgen gerechnet werden kann.

Winterniederschläge¹⁾

1950/51	Wiener Becken u. nördl. Burgen- land		Niederösterreich Alpenvorland		Klagenfurter Becken	
	mm	in % vom Ø 1881/1930	mm	in % vom Ø 1881/1930	mm	in % vom Ø 1881/1930
Dezember	56	127	33	59	135	250
Jänner.....	34	100	37	73	66	165
Februar.....	27	93	21	48	82	222
März.....	63	175	62	135	86	156
Insgesamt ...	180	126	153	78	369	199

¹⁾ Nach Angaben der Bundesanstalt für Meteorologie und Geodynamik.

Wie schon im letzten Bericht erwähnt, waren einzelne *Handelsdünger* zum Frühjahrsanbau sehr knapp. Wohl gelang es, die Einfuhren von *Kalisalz*²⁾ so zu forcieren, daß die Hackfrüchte mit Kali noch versorgt werden konnten, die Düngung mit *Superphosphat* blieb jedoch ungenügend. Erstmals seit Kriegsende wurden heuer geringe Mengen *Patentkali* (500 t) — hauptsächlich zur Düngung von Tabak und Kartoffeln — sowie *Kalksalpeter* (3.000 t) aus dem Ausland bezogen und, gleich den anderen Importdüngern, verbilligt³⁾ abgegeben. Bemerkenswert ist, daß sich der in Österreich hergestellte *Kalkammonsalpeter* wohl (relativ) teurer stellt als die subventionierten Importdünger — er kostet 349% von 1937, Superphosphat dagegen 246%, Thomasmehl 228% und Kalisalz 180% —, bei einem Vergleich mit ausländischen Stickstoffdüngern aber durchaus nicht ungünstig abschneidet. Zu Marktpreisen gerechnet ist nämlich 1 kg Reinstickstoff im (importierten) *Kalksalpeter*⁴⁾ um 57% und im *Kalkstickstoff*⁵⁾ um 55% teurer als im inländischen Stickstoffdünger.

Die Versorgung mit Futtermitteln ist trotz vorzeitiger Auslieferung der für das laufende Wirtschaftsjahr vorgesehenen (gekürzten) Maisimporte⁶⁾ unbefriedigend, vor allem, weil typische Eiweißfutter-

²⁾ Für das Wirtschaftsjahr 1950/51 war eine (reduzierte) Einfuhr von 40.000 t Kalisalz vorgesehen; allein innerhalb von drei Wochen, und zwar noch knapp vor dem Frühjahrsanbau, konnten 30.000 t importiert werden.

³⁾ Der mit S 84'10 je 100 kg Kalksalpeter festgesetzte Großhandelspreis beträgt 334%, der Preis für Patentkali (43 S) 224% von 1937. Die Marktpreise würden 117 S und 73 S betragen.

⁴⁾ Kalksalpeter wirkt im ganzen rascher als Kalkammonsalpeter; er kann daher noch spät — zu Zuckerrüben bis Anfang Juni — auf den „Kopf“ der Pflanzen gegeben werden.

⁵⁾ Kalkstickstoff wird in erster Linie zur Bekämpfung von Unkräutern verwendet, doch ist auch seine düngende Wirkung beachtlich.

⁶⁾ Aus ERP- (direkte und indirekte) Hilfe und kommerziellen Importen sind insgesamt 285.000 t Futtergetreide zu erwarten, von denen der größte Teil bereits einlangte.

mittel, wie Ölkuchen und Fischmehl, knapp und sehr teuer geworden sind (sie kosten das Elffache von 1937). Die Knappheit an Futtermitteln und ihre hohen Preise verleiten dazu, Brotgetreide¹⁾ und Milch²⁾ deren Preise man bisher niedrig hielt, stärker als sonst zu verfüttern.

Nach den Angaben der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft Steiermark nahm der Schweinebestand in der Steiermark (vorläufiges Ergebnis) vom 3. März 1950 bis 3. März 1951 um 17% zu. Die Zahl der Schlacht- und Mastschweine erhöhte sich um 39%, die der Jungschweine und Ferkel um 28% und 2%. Andererseits aber wurden um 12% weniger trächtige Zuchtschweine gezählt.

Schwankungen des Schweinebestandes in der Steiermark¹⁾

Tierart	Bestand am 3. März			
	1948	1949	1950	1951
	+ - Veränderungen gegen März d. Vorjahres in %			
Ferkel	+ 61	- 11	+ 20	+ 2
Jungschweine	- 4	- 9	+ 39	+ 28
Zuchtsauen	- 15	- 1	+ 17	- 2
davon trächtig	+ 11	0	+ 22	- 12
Schlacht- und Mastschweine	- 63	+ 84	+ 47	+ 39
Schweine insgesamt	- 11	0	+ 31	+ 17

¹⁾ Berechnet nach den Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes (1948 bis 1950) und der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft Steiermark (1951, vorläufige Ergebnisse).

Gegenüber der letzten Zählung vom Dezember 1950 nahm der Bestand um 22% (-120.969) ab, stärker also als im Vorjahr (-16%; -67.052). Der Rückgang dürfte aber das saisonnormale, durch die vermehrten Winterschlachtungen bedingte Ausmaß kaum überschritten haben. (In den Jahren 1949 und 1948, als der Bestand annähernd stabil blieb, war der Rückgang mit 28% und 30% relativ noch größer).

Für das übrige Bundesgebiet wurden die Zählungsergebnisse vom März 1951 noch nicht veröffentlicht. Obgleich Steiermark nur ein Fünftel des Schweinebestandes Österreichs besitzt, kann angenommen werden, daß die Gesamtentwicklung mit jener in Steiermark annähernd übereinstimmen dürfte, um so mehr, als dies auch schon bisher weitgehend der Fall war.

Auf Grund der geringen Zahl trächtiger Sauen werden in den nächsten Monaten weniger Ferkel als im Jahre 1950 anfallen. Daß die Landwirtschaft heuer weniger Ferkel nachzieht, hat zwei Gründe:

¹⁾ Bis 31. März wurden 92.626 t Roggen und 115.998 t Weizen, zusammen 208.624 t auf den Markt gebracht. Im Vorjahr wurden bis zum gleichen Zeitpunkt, trotz einer etwas geringeren Ernte, 222.757 t im Kontingent und schätzungsweise 70.000 t im Überkontingent, zusammen rund 290.000 t abgeliefert. Von der Brotgetreideernte 1950 dürften 150.000 bis 200.000 t verfüttert worden sein.

²⁾ Siehe: „Zum Problem des Milchpreises“, S. 201.

Mangel an Futter und übersaisonalen Rückgang der Ferkelpreise im zweiten Halbjahr 1950³⁾. Da die Schweinezucht besonders rasch auf Veränderungen der Preis-Kosten-Struktur reagiert, schränkte man die Ferkelproduktion für den Markt ein. In den letzten Monaten zogen allerdings die Ferkelpreise wiederum stark an, weil die kleinen Schweinehalter im Frühjahr junge Tiere für den Haushaltsbedarf einstellen, um sie bis zum Winter zu mästen. Die Preise waren daher im April um über 50% höher als im Oktober 1950, gegenüber einem Plus von nur 27% - bei einem allerdings etwas höheren Preisniveau - ein Jahr vorher⁴⁾. Die höheren Ferkelpreise werden jedoch kaum genügend Anreiz bieten, den Schweinebestand auszudehnen, da der Mangel an Kraftfutter und dessen hohe Preise die Aufzucht hemmt.

Die landwirtschaftliche Produktion in Österreich (und in den westeuropäischen Staaten) erreichte bereits im Wirtschaftsjahre 1950/51 einen Stand, der auf Grund der Long-Term-Pläne erst im Jahre 1951/52 erwartet wurde. (Die geringere Getreideproduktion für den Markt in Österreich wird durch eine höhere Produktion von Futtermitteln und tierischen Produkten kompensiert.)

Diese Erfolge waren aber weniger einer echten Intensivierung als vielmehr der günstigen Witterung zu verdanken. Der Einsatz von Produktionsmitteln, besonders von ausländischen Futtermitteln und Düngemitteln blieb bisher vielfach bedeutend hinter den präliminierten Bedarfsmengen zurück. So wurde z. B. der Jahres-Importbedarf an Futtergetreide mit 500.000 t, an Futtermehl und Kleie mit 115.000 t, an Ölkuchen mit 44.000 t und an Fisch- und Fleischmehl mit 10.000 t berechnet. Tatsächlich wurden in den Jahren 1949 und 1950 nur 176.540 t (35%) und 258.655 t (52%) Futtergetreide, 20 t (0%) und 2.186 t (2%) Futtermehl und Kleie, 19.919 t (45%) und 5.680 t (13%) Ölkuchen sowie 5.581 t (56%) und 5.161 t (52%) Fisch- und Fleischmehl eingeführt. Der (geschätzte) Bedarf an phosphorsäurehaltigen Düngemitteln (1949: 250.000 t, 1950: 280.000 t) konnte infolge gekürzter Einfuhren nur zu 81 und 58% (202.559 und 163.148 t), jener an Kalisalz (84.000, 90.300 t) zu 81 und 48% (67.708 und 43.727 t) gedeckt werden.

³⁾ Während der Preis für 1 kg Ferkel-Lebendgewicht im zweiten Halbjahr 1949 noch um 30 bis 40% höher war als der für Schlachtschweine, sank er im zweiten Halbjahr 1950 unter den Schlachtschweinepreis.

⁴⁾ Da das Ferkelangebot von April bis Oktober groß ist, die Nachfrage sich jedoch auf das Frühjahr konzentriert, pflegen die Ferkelpreise stets stark zu schwanken; sie sind jeweils von März bis Mai am höchsten, von Oktober bis Dezember am tiefsten.

Einfuhr von Futtermitteln¹⁾

Zeit	Futter- getreide ²⁾	Futtermehl u. Kleie ³⁾ in Zentner	Ölkuchen u. -schrote ⁴⁾	Fisch- u. Fleischmehl
Ø 1937	340.122	86.412	36.410	7.054
Ø 1948 ⁵⁾	23.479	—	5.891	829
Ø 1949 ⁶⁾	147.116	17	16.599	4.651
Ø 1950 ⁶⁾	215.546	1.822	4.733	4.301
1949 VII	224.425	—	1.832	13.950
VIII	85.599	—	—	8.520
IX	174	16	179	7.611
X	108.718	—	7	5.364
XI	320.560	—	—	11.750
XII	34.784	—	—	3.782
1950 I	266.814	—	24.940	1.263
II	328.759	—	3.909	6.333
III	403.158	—	6.134	3.575
IV	114.829	—	—	7.579
V	257.016	—	—	7.939
VI	135.975	—	—	4.934
VII	243.464	—	—	7.555
VIII	266.186	7	—	2.590
IX	46.054	5	—	1.291
X	228.929	—	—	8.553
XI	186.234	17.784	7.362	—
XII	109.134	4.068	14.452	—
1951 I	323.833	13.565	21.987	13.084
II	459.450	7.855	28.844	2.621

¹⁾ Nach den Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes. — ²⁾ Mais, Futtergerste, Hafer. — ³⁾ Einschließlich Reisabfälle. — ⁴⁾ Feste Rückstände von der Erzeugung fetter Öle. — ⁵⁾ Kommerzielle und ERP-Einfuhr.

Einfuhr von Handelsdünger¹⁾

Zeit	Super- phosphat	Thomas- mehl	Kalirohsalze	Kalkstickstoff
		in Zentner		
Ø 1937	8	35.265	17.456	7.032
Ø 1948 ²⁾	24.957	13.266	6.724	—
Ø 1949 ³⁾	62.810	105.989	56.423	—
Ø 1950 ³⁾	57.468	78.488	36.439	5.877
1949 VII	29.987	239.809	60.820	—
VIII	89.473	39.308	16.577	—
IX	205.229	84.466	48.913	—
X	3.781	111.077	61.705	—
XI	—	25.676	61.132	—
XII	—	256.838	46.471	—
1950 I	107.660	109.585	159.796	—
II	82.958	35.114	24.477	—
III	112.173	98.013	31.641	34.422
IV	92.411	77.217	652	36.106
V	5.539	7.114	27.779	—
VI	23.582	21.153	89.393	—
VII	81.266	125.579	54.572	—
VIII	8.528	136.449	1	—
IX	144.076	86.221	41.850	—
X	24.875	125.802	1.990	—
XI	6.548	76.140	—	—
XII	2	43.474	5.121	—
1951 I	11.343	17.712	17.512	—
II	81.971	82.794	6.517	8.806

¹⁾ Nach den Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes. — ²⁾ 1948: kommerzielle und ERP-Einfuhr, jedoch ohne Lieferungen aus Interims- und Kongreßhilfe. — ³⁾ Kommerzielle und ERP-Einfuhr.

Das Zurückbleiben der Futtermittel- und Handelsdüngerimporte gegenüber dem Einfuhrsoll lag hauptsächlich daran, daß weder aus der direkten noch aus der indirekten ERP-Hilfe ausreichende Beträge für diese Zwecke bereitgestellt werden konnten. Kommerzielle Importe scheiterten aber daran, daß die Importpreise zumeist um ein Mehrfaches über den niedrigen amtlichen Höchstpreisen im Inland lagen

und Budgetmittel zur Subventionierung von Futtermittel- und Düngemitteln nicht gegeben werden konnten.

Die Aussichten, die österreichische Landwirtschaft mit Futter- und Düngemitteln ausreichend zu versorgen, sind ungünstig, da der Rückgang der ERP-Hilfe die Zahlungs- und Preisprobleme verschärft. Dazu kommt, daß das Auslandsangebot zurückgehen wird, da die Exportländer ihre landwirtschaftliche Produktion intensivieren und dabei selbst mehr Futter- und Düngemittel verbrauchen oder auf Vorrat legen. Besonders die Futtermittelimporte werden in Zukunft beschränkt sein. Es dürfte daher zunehmend schwieriger werden, die landwirtschaftliche Erzeugung in Österreich noch weiter zu steigern; bei nicht allzu günstigen klimatischen Bedingungen wird sie eher zurückgehen.

Auch *Nahrungsmittel* werden wahrscheinlich weniger eingeführt werden können, da die Aufrüstung in Ländern mit Überschüssen an Agrarprodukten ihren Eigenbedarf erhöht (infolge vermehrter Beschäftigung und verstärkter öffentlicher und privater Vorratshaltung).

Diese Schwierigkeiten, die durch Preissteigerungen bei landwirtschaftlichen Produkten in den Exportstaaten⁴⁾ und bei vielen landwirtschaftlichen Produktionsmitteln noch vergrößert werden, haben kürzlich die *OEEC* veranlaßt, alle am Marshallplan teilnehmenden Länder auf die Dringlichkeit der Intensivierung der eigenen landwirtschaftlichen Produktion hinzuweisen. Dabei sei nicht so sehr auf Maßnahmen Gewicht zu legen, die die Produktion auf längere Sicht heben (Long-Term-Projekte), als vielmehr auf Investitionen, die rasch sichtbare Erfolge, in erster Linie durch Steigerung der Hektarerträge erwarten lassen (Short-Term-Projekte). Vor allem müßten die mit der Abnahme der ERP-Hilfe geringer werdenden Counterpartmittel zur Intensivierung der mineralischen Düngung, für besseres Saatgut und zur Bekämpfung von Schädlingen und Tierseuchen verwendet werden. Der Ertrag des Grünlandes solle gesteigert, das Futter mit möglichst wenig Verlusten konserviert (viele Futtersilos werden nicht benützt) und die Fütterung verbessert werden. Propaganda und fachliche Beratung seien zu intensivieren. Die Zuschüsse für Gebäudeinvestitionen wären einzustellen, jene für Maschineninvestitionen zu beschränken. Da die bisherigen Long-Term-Pläne relativ hohe Futtermittelimporte voraussetzten, sollten sie überprüft und

⁴⁾ In den USA z. B. waren anfangs 1951 die Preise für Weizen und Zucker um 10 bis 20%, für Mais und anderes Futtergetreide um 40% und für Ölsaaten und Fette um 50 bis 60% höher als im Durchschnitt 1949.

den veränderten Verhältnissen angepaßt werden. Durch eine entsprechende Wirtschafts-, Preis- und Kreditpolitik müsse die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion unterstützt werden, wobei besonders darauf zu achten sei, daß Kunstdünger und Schädlingsbekämpfungsmittel in genügenden Mengen zur Verfügung gestellt und eine Agrarpreisschere vermieden werde.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 212–218

Die Energieversorgung der österreichischen Wirtschaft ist durch die steigende Stromerzeugung und die in Aussicht gestellten 250.000 t amerikanischer Steinkohle für die nächste Zeit gesichert. Die Energieschwierigkeiten werden auch dadurch vermindert, daß die Industrieproduktion aus Mangel an Rohstoffen und Halbzeug nicht so stark ausgeweitet werden kann, wie es die steigende In- und Auslandsnachfrage normalerweise erfordern würde.

Die Stromerzeugung war im I. Quartal 1951 um 19% größer als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Obwohl dank dem milden Winterwetter die Stromerzeugung der Wasserkraftwerke mit 916 Mill. kWh um 20% größer war, mußten 307 Mill. kWh (16%) mehr kalorische Energie als im entsprechenden Vorjahresquartal erzeugt werden. Ursprünglich hatte man viel mehr veranschlagt; es konnten daher bedeutende Kohlenmengen eingespart werden und die Dampfkraftwerke verfügten am 31. März noch über 173.848 t Kohle (Steinkohlenbasis) aus den Wintervorräten. Der Anteil des kalorischen Stroms an der gesamten Stromerzeugung verminderte sich vom I. Quartal 1950 bis zum I. Quartal 1951 geringfügig von 25,8 auf 25,1%.

Auch der Stromverbrauch war im I. Quartal 1951 um 18% höher als im gleichen Vorjahrsabschnitt. Da die Energiesituation verhältnismäßig günstig war, konnte das Aluminiumwerk Ranshofen schon Mitte April wieder mit 3 Ofensystemen (die vorjährige Höchstleistung) arbeiten und dürfte bald noch Strom für ein zusätzliches halbes System erhalten.

Die Stromeinfuhr blieb auch im I. Quartal 1951 mit 12 Mill. kWh unbedeutend. Die Ausfuhr betrug 96 Mill. kWh und war um 28% größer als im I. Quartal 1950.

Am 19. März wurde der 3. Generator des Wasserkraftwerkes Saalach-Rott mit 1.200 kW Leistung und am 30. März der 2. Turbosatz im Fernheizwerk Klagenfurt mit 2.600 kW Leistung in Betrieb genommen. Die neu erbaute 110 kV-Leitung Gratschach-Kolbnitz (Kärnten) wurde am 20. März in Verwendung genommen.

Der inländische Kohlenbergbau unternimmt alle Anstrengungen, die Förderung zu steigern und den Ausfall an Importkohle wenigstens zum Teil wettzumachen¹⁾.

Die starken, konjunkturbedingten Preissteigerungen für ausländische Kohle (polnische Kohle um 68 bis 76%, tschechoslowakische Kohle um 16 bis 82%) haben die Konkurrenzfähigkeit der inländischen Gruben verbessert. Die inländischen Kostenerhöhungen wurden vorläufig noch nicht auf die Preise für Inlandskohle überwältigt, sind aber trotzdem bedeutend niedriger als die Preissteigerungen für Importkohle.

Die Nachfrage nach inländischer Braunkohle ging in den letzten Monaten trotz Produktionszunahme und Sonntagsschichten beträchtlich über die Lieferfähigkeit der Gruben hinaus. Über die von den privaten Bergbauern geforderte Erhöhung der Inlandskohlenpreise um 20 bis 25% ist noch nicht entschieden worden.

Die ständig steigende Kohlenförderung erfordert Arbeiten zur Feststellung neuer und zur Abgrenzung bereits bekannter Kohlenlagerstätten. Die zuständigen Stellen haben daher für das Jahr 1951 ein umfangreiches Bohrprogramm aufgestellt, das vor allem Versuchsbohrungen in den Gebieten von Zillingdorf, Lackenbach, Ostermiething, Wolfsegg-Trauntal und im Lavanttal vorsieht.

Die auf lange Sicht schwierige Lage des österreichischen Kohlenbergbaues wird allerdings durch den gegenwärtigen weltweiten Verkäufermarkt für Kohle nur vorübergehend entspannt. Je stärker die inländische Kohlenproduktion gegenwärtig ausgedehnt wird, desto größer werden die Schwierigkeiten bei Rückkehr normaler Marktverhältnisse sein, sofern es nicht gelingt zu rationalisieren und die Kosten erheblich zu senken.

Die gesamte Inlandsförderung (Stein- und Braunkohle auf Steinkohlenbasis gerechnet) war im I. Quartal 1951 mit 680.845 t um 18% größer als zur gleichen Zeit des Vorjahres und die höchste seit Bestehen des österreichischen Kohlenbergbaues. Die Braunkohlenförderung allein erreichte im März mit 418.750 t 155% von 1937. Verglichen mit dem Jahre 1937 ist die Förderung im Burgenland um 207%, in Kärnten um 65%, in Steiermark um 55%, in Oberösterreich um 53% und in Niederösterreich um 24% gestiegen und nur in Tirol um 44% zurückgegangen.

¹⁾ Diesen Bemühungen sind allerdings verhältnismäßig enge Grenzen gesetzt, da die Inlandsförderung nur knapp ein Drittel des Bedarfes deckt.

Die stark steigenden Holzpreise haben in der letzten Zeit die Versorgung der Bergbaue mit Grubenholz sehr beeinträchtigt. Da die Kohlenpreise behördlich geregelt sind, können die erhöhten Holzkosten nicht mehr von den geltenden Kohlenpreisen gedeckt werden. Gegenwärtig wird zwischen Bergbau und Waldbesitz über eine im Preis erträgliche und ausreichende Grubenholzbelieferung verhandelt.

Die Kohleneinfuhr war im März wieder höher als in den Vormonaten. Die in Aussicht gestellte Lieferung von 250.000 t amerikanischer Steinkohle wird das Defizit der tatsächlichen Einfuhr gegenüber dem Importprogramm, das mit Ende März immerhin 790.000 t Kohle (SKB) betrug, beträchtlich vermindern. Insgesamt wurden im Monat März 445.330 t Kohle (Steinkohlenbasis) importiert. Zusammen mit der Inlandslieferung standen der österreichischen Wirtschaft daher insgesamt 647.164 t Kohle (Steinkohlenbasis), d. s. 3% mehr als im Februar zur Verfügung.

Kohlenimportprogramm 1950/51 und tatsächliche Einfuhr von Juli 1950 bis März 1951

	Einfuhrprogramm 1950/51		Einfuhr VII. 50 bis III. 51 in Tonnen	Fehl- betrag
	insgesamt	für neun Monate		
Steinkohle.....	4.900.000	3.675.000	2.891.316	- 783.684
Koks.....	295.000	221.250	162.404	- 58.846
Braunkohle u. Briketts	1.070.000	802.500	908.395	+ 105.895
Insgesamt				
Steinkohlenbasis..	5.730.000	4.297.500	3.507.918	- 789.582

Mit maßgebender Beteiligung der Creditanstalt hat der private Kohlenhandel eine neue Einkaufsorganisation, die „Kohleneinfuhrsgesellschaft für die Beschaffung ausländischer Brennstoffe G. m. b. H.“ gegründet, die als eigene Dachgesellschaft für die Kohleneinfuhr des privaten Handels arbeitet, während die „Österreichische Importkohle G. m. b. H.“ Kohlenimporte für die verstaatlichte Industrie und die Stadtwerke durchführt.

Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S. 214—219

Die Rohstoffversorgung der Industrie ist weiterhin unzureichend. Nimmt man mangels genauer Statistiken über den Rohstoffverbrauch die Soll-Zahlen des Importprogramms 1950/51 als normalen Bedarf an und stellt sie den tatsächlichen Einfuhren gegenüber, so zeigt sich bei vielen wichtigen Rohstoffen ein beträchtliches Einfuhrdefizit.

Trotz der seit Monaten nicht mehr bedarfsdeckenden Rohstoffeinfuhr hat sich indessen die Gesamtproduktion der Industrie im Februar und März saisongemäß erholt. Offenbar können viele Industrien

Importprogramm 1950/51 und tatsächliche Einfuhr von Juli 1950 bis März 1951

Waren	Einfuhrprogramm 1950/51		Tatsächliche Einfuhr Juli 1950 bis März 1951		in % des Programmes
	Insgesamt	für 9 Monate in Tonnen			
Erdöle.....	91.600	68.700	46.602	67,8	
Rohtabak.....	8.000	6.000	6.806	113,4	
Baumwolle.....	20.800	15.600	15.622	100,1	
Schafwolle.....	8.100	6.075	4.949	81,5	
Natürliche Fasern.....	10.500	7.875	11.988	152,2	
Rohhäute.....	9.062	6.797	3.425	50,4	
Kautschuk.....	11.320	8.490	3.767	44,4	
Schrott.....	100.000	75.000	51.547	68,7	
Kupfer.....	6.616	4.962	2.735	55,1	
Blei.....	2.600	1.950	1.054	54,1	
Zink.....	8.000	6.000	4.774	79,6	
Zinn.....	600	450	442	98,2	

noch von Rohstoffvorräten zehren oder ohne übermäßige Schwierigkeiten Ersatzstoffe verwenden. Wenn auch die Rohstoffknappheit bisher im ganzen gesehen keinen Rückschlag ausgelöst hat, so hemmt sie doch ein weiteres Steigen der Produktion. Gerade wichtige Zweige, die noch über freie Kapazitäten verfügen, wie die eisen- und metallverarbeitende Industrie, können die sich bietenden Exportchancen und die sprunghaft gesteigerte Inlandsnachfrage des Großhandels nicht voll ausnutzen. Die heimische Auftrags-hausse findet übrigens in den Einzelhandelsumsätzen keine Parallele, was die Vermutung zuläßt, daß der Großhandel zumindest zum Teil Hortungs- und Spekulationsabsichten verfolgt.

Import wichtiger Rohstoffe

Zeit	Roh- tabak	techn. Öle u. Fette	Erze	Erdöle	Baum- wolle	Wolle	Flachs, Hanf, Jute	Kau- tschuk	Roh- häute	Chem. Roh- stoffe		
											in Tonnen	
1937	Ø	674	3.021	9.578	22.455	3.592	983	1.516	352	506	1.283	
1949	Ø	1.240	1.592	55.687	4.977	1.857	858	763	744	694	2.480	
1950	Ø	657	1.689	60.274	5.065	1.521	719	1.014	661	542	3.767	
1950	I.	884	2.332	24.653	5.861	1.252	864	915	1.262	216	650	
		II.	438	1.605	9.348	3.310	1.462	1.393	1.601	676	312	3.895
		III.	811	2.407	47.889	9.337	748	774	1.206	1.111	474	2.030
		IV.	463	2.396	55.092	10.960	1.114	716	686	1.306	938	1.765
		V.	262	1.169	97.728	2.804	2.974	888	1.413	935	735	4.495
		VI.	1.378	1.619	56.087	1.978	1.826	754	822	626	768	1.197
		VII.	967	1.533	82.323	3.089	3.419	578	546	264	509	9.374
		VIII.	709	2.202	44.066	4.133	2.394	465	576	111	651	1.197
		IX.	654	966	48.741	3.623	907	503	1.147	253	1.038	1.253
		X.	403	675	62.889	5.508	301	631	1.026	554	433	1.123
		XI.	553	1.016	97.887	5.173	848	379	1.303	529	318	10.365
		XII.	361	2.350	96.588	4.998	1.002	678	928	308	111	7.858
1951	I.	1.472	1.182	35.161	10.083	1.476	514	3.374	401	98	3.553	
		II.	983	2.174	43.175	7.149	2.472	514	2.291	454	160	1.055
		III.	697	2.388	40.686	2.848	2.804	688	798	893	106	1.450

In den einzelnen Industriezweigen zeigte die Produktion im Februar durchwegs eine stark steigende Tendenz. Der Gesamtindex erreichte mit 156,5% von 1937 fast den Höchststand vom November 1950. Die stärksten Steigerungen erzielten Bau-stoff-, Elektro- und Fahrzeugindustrie (30%, 23% und 18% höher als im Jänner).

Der Index der dauerhaften Güter, der im Jänner um 9% zurückgegangen war, stieg im Februar um 15'0% auf 185'8% von 1937 und kam dem Höchststand vom November 1950 (199'0%) bereits sehr nahe. Gleichzeitig hat auch der Index der Konsumgüterproduktion weiter um 7'6% zugenommen und 131% von 1937 erreicht. Trotz der besonders für die Produktionsmittelindustrie günstigen Konjunktur-entwicklung hat sich die Konsumgüterproduktion in den letzten Monaten gut gehalten, so daß der seit einigen Jahren bestehende Abstand zwischen den beiden Industriegruppen wider Erwarten nicht viel verändert wurde. Die Produktionsmittelerzeugung stieg im Durchschnitt des Jahres 1950 um 18%, die Konsumgütererzeugung um 19%; im Durchschnitt des 2. Halbjahres 1950, also nach Ausbruch der Koreakrise, betragen die gleichen Zunahmen 23'8% und 22'3% gegenüber dem Durchschnitt des Jahres 1949. Im Durchschnitt der beiden ersten Monate dieses Jahres ist die Konsumgütererzeugung gegenüber dem Durchschnitt des Vorjahres sogar stärker gestiegen (8'7%) als die Produktionsmittelerzeugung (1'2%). Allerdings ist die Produktion dauerhafter Güter viel mehr vom Rohstoffmangel betroffen und konnte nicht so ausgedehnt werden, wie es der erhöhten In- und Auslandsnachfrage entsprochen hätte.

Da die Zahl der Beschäftigten geringfügig (um 0'2%) abgenommen hat, ist der Produktivitätsindex von Jänner bis Februar (um 11'3% auf 98'1%) gestiegen.

Die Bergbauproduktion ist im März gegenüber dem Rekordstand von Februar um 5'1% auf 153'3% von 1937 zurückgegangen. Im Durchschnitt des I. Quartals 1951 war die Produktion um 22'4% größer als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Während das Jahr 1950 mit Absatzschwierigkeiten begann, wird die Ausnutzung der gegenwärtigen Konjunkturlage auch im Bergbau bereits durch Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Roh- und Hilfsstoffen beeinträchtigt. Am mühevollsten ist die Versorgung mit Grubenholz, Sprengmitteln, Eisen, Elektromaterial und Verpackungsmitteln (Papiersäcke) geworden. Trotzdem steigern fast alle Bergbaue die Produktion, teils dank Verbesserung der Kapazitätsausnutzung, teils durch Investitionen und Rationalisierung. Die Eisenerzförderung, für deren Hebung bedeutende ERP-Mittel aufgewendet worden sind, hat bereits einen Rekordstand erreicht und im I. Quartal 1951 die Vorjahresleistung um 35% übertroffen.

Im Kupferbergbau wurden bisher 5 Mill. S ERP-Kredite investiert, die aber erst im Laufe dieses Jahres die Förderung steigern werden. Dagegen waren im

I. Quartal 1951 folgende Produktionen höher als im I. Quartal 1950: Graphit 43%, Rohtalkum 24%, Ton 68%, Antimonerz 46%. Auch der Index der Magnesitindustrie ist im März wieder um 13% gestiegen und erreichte 165'7% von 1937.

Die Produktion der *eisenschaffenden* Industrie war im März in allen Sparten etwas höher als im Februar. Der auf einen 30 Tage-Monat abgestellte Index ist aber um 5'1% zurückgegangen.

Die Knappheit an Legierungsmetallen, die bisher in erster Linie den Edelstahlsektor traf, greift nun auch auf die Kommerzeisenerzeugung über. Der Manganbedarf kann nur dann gedeckt werden, wenn die norwegischen Aufträge auf Walzwaren erfüllt werden können. An Ferro-Silizium wurden zwar aus Frankreich 800 t für das II. Halbjahr in Aussicht gestellt, doch ist es fraglich, ob sie tatsächlich eintreffen werden. Die Versorgung der Edelstahlbetriebe mit Ferro-Molybdän, das nur aus den USA bezogen werden kann, ist so ungenügend, daß die Erschmelzung von Molybdänstählen bereits empfindlich eingeschränkt werden mußte. Ebenso kann der Wolframbedarf auch nicht annähernd gedeckt werden.

Die Schrottversorgung war dank dem milden Winter, der eine höhere Inlandsaufbringung ermöglichte, besser als im Spätherbst befürchtet worden war. Nach Angaben der Werke waren die laufenden Zugänge geringer als der Verbrauch, die Lagerbestände mußten aber nicht so stark eingesetzt werden, als man ursprünglich angenommen hatte.

Die bis Jahresmitte aus den USA zu erwartenden 250.000 t Steinkohle sollen in erster Linie zum Anblasen des 3. Hochofens in Linz verwendet werden, dessen Roheisenerzeugung exportiert werden wird.

Die Aufträge auf Kommerzeisen sind noch immer weitaus höher, als die Werke liefern können. Trotz Erhöhung der Preise für Kommerzeisen um durchschnittlich 20 bis 25% liegen sie im Inland noch weit unter denen der Weltmärkte, so daß der Anreiz zum Export kaum geringer geworden ist.

Der Produktionsindex der *Metallhütten* ist im Februar dank einer höheren Blei- und Kupferproduktion um 23'0% auf 150'4% von 1937 gestiegen. Für März ist eine weitere starke Steigerung zu erwarten, weil die Aluminiumproduktion bedeutend zugenommen hat. Insgesamt wurden im I. Quartal 1951 2.390 t Aluminium gegenüber nur 724 t in der gleichen Vorjahresperiode erzeugt. Da das Aluminiumwerk Ranshofen heuer mehr elektrische Energie erhalten wird als im Vorjahre, wird die Inlandsversorgung trotz großen Exporten gebessert werden können, so daß zumindest ein erheblicher Teil der Kupferlücke durch Aluminium geschlossen werden kann.

Die Versorgung mit Tonerde ist auch für eine höhere Produktion gesichert.

Auch die inländische Kupfererzeugung wird noch im Laufe dieses Jahres gesteigert werden können. Investitionen im Bergbau Mühlbach werden die Kupferkonzentraterzeugung bis September von gegenwärtig 400 bis 500 t auf 800 t monatlich erhöhen. Im Juni wird auch der Elektro-Reduktionsofen in Brixlegg fertig sein, so daß die österreichischen Kupferkonzentrate im Inland statt in Deutschland verhüttet werden können. Die Anlage wird eine Jahreskapazität von 4.000 t Kupfer haben. Außerdem wurde in den letzten Monaten auch die Kapazität der Kupferelektrolyse, die Kathodenkupfer erzeugt, um 100 t auf 550 t monatlich erhöht. In Kärnten wurde im März wieder die Molybdänkonzentraterzeugung aus Haldenerzen aufgenommen.

Auch der Index der Gießereindustrie ist im Februar, allerdings nur geringfügig, um 2,9% gestiegen. Da die Linzer Hütte den Preis für Hämatitroheisen um 20 bis 22% steigerte, mußten auch die Gießereien ihren 14%igen Preisaufschlag von Anfang Februar am 1. März auf 20% erhöhen.

Die Eisen- und Metallwarenindustrie meldet für die meisten ihrer Zweige trotz der ungünstigen Saison eine äußerst rege Geschäftstätigkeit. Die Auftragsgänge aus dem In- und Ausland nehmen ständig zu. Obwohl gerade diese Industriezweige noch über ausreichende Kapazitäten verfügen, kann die Konjunktur wegen Rohstoffmangels nicht ausgenützt werden. So kann z. B. die Armaturenindustrie viele Auslandsaufträge nicht übernehmen, weil Buntmetalle fehlen. Auch Exportgeschäfte mit Schrauben und Bolzen mußten aus Mangel an Eisen storniert werden. Vielfach scheiterten Exportgeschäfte auch daran, daß die österreichischen Firmen angesichts der Preisschwankungen nicht genau kalkulieren können.

Die Produktion der Fahrzeugindustrie ist im Februar um 17,7% auf den neuen Rekordstand von 204,7% von 1937 gestiegen; besonders stark hat die Traktorenerzeugung zugenommen. Auch die Kraftfahrzeug-Hilfsindustrie ist sehr gut beschäftigt.

Die Maschinenindustrie hat im Februar den Rückschlag vom Jänner wieder überwunden. Der Index stieg um 16,5% auf 215,0% von 1937, war aber noch immer viel niedriger als in den beiden letzten Monaten des Vorjahres. Vor allem ist die Produktion von Landmaschinen, Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie, Hebezeugen und Fördermitteln, Kugellagern und Mikroskopen gestiegen. In einigen Branchen liegt aber die Erzeugung nach wie vor weit unter dem Stand vom Spätherbst 1950.

Auch der Index der Elektroindustrie ist im Februar wieder um 23,3% auf 228,0% von 1937 gestiegen, wobei in erster Linie die Erzeugung von Elektromotoren, elektrischen Meßgeräten, Elektrizitätszählern, Bleikabeln, Glühlampen und Radioröhren zugenommen hat. Die Industrie hat trotz des empfindlicher werdenden Rohstoffmangels (vor allem an Kupfer, Isoliermaterial und Elektroblechen) die Arbeit nicht einschränken müssen, weil die Umstellung auf Ausweichmaterialien zumindest teilweise bereits geglückt ist.

Obwohl die Ziegelproduktion im Februar saisongemäß noch geringfügig zurückgegangen ist, stieg der Index der Baustoffproduktion um 29,9% auf 115,6% von 1937; die Erzeugung von Zement hat um 29%, die von Kalk um 37% und jene von Baugips um 21% zugenommen. Inzwischen ist aber die Ziegelproduktion bereits voll angelaufen und auf lange Zeit ausverkauft. Auch die neuerliche Erhöhung der Ziegelpreise wegen der Kohlenpreissteigerung hat die Absatzlage bisher nicht ungünstig beeinflusst. Die Zementindustrie hat die Erzeugung nach Abschluß der alljährlichen Überholungsarbeiten wieder voll aufgenommen. Auch hier mußten die Preise um 14% erhöht werden.

In der chemischen Industrie war die Februarproduktion mit Ausnahme von Kautschukwaren und Seife etwas niedriger als im Jänner. Der auf 30 Tage berechnete Index weist aber trotzdem eine Steigerung um 5,2% auf 221,6% von 1937 auf.

Die Weltversorgung mit Kautschuk dürfte sich in der nächsten Zeit etwas entspannen, weil nach Meldungen aus den USA die Bevorratungen abgeschlossen wurden und die USA außerdem die Produktion von synthetischem Kautschuk heuer noch verdoppeln wollen.

Bei einer Reihe von Grundchemikalien ist die Versorgungslage aber noch immer angespannt, teils, weil die Weltknappheit, wie z. B. an Schwefel, anhält, teils, weil die erforderlichen Mittel für ausreichende Käufe fehlen. Die amerikanischen Bewirtschaftungsstellen haben kürzlich die Österreicher für das 1. Quartal zugestandene Schwefelquote von 2.500 t auf 2.800 t erhöht und einen Vorgriff auf das 2. Quartal gestattet. 2.800 t reichen aber noch nicht aus, um damit den Schwefelkohlenstoffbedarf der Lenzinger Zellwollefabrik für die vorgesehene Produktionssteigerung zu decken. Man erwartet, daß trotz der knappen Weltversorgungslage eine Erhöhung des österreichischen Kontingents erwirkt werden kann.

Die starke Steigerung des Seifenabsatzes hält unvermindert an. Man rechnet aber mit einem allmählichen Rückgang, weil der Mehrabsatz zum

größten Teil auf Vorratskäufe zurückzuführen sein dürfte. Dies geht auch daraus hervor, daß der Verkauf von Waschmitteln, die für Hortungen weniger geeignet sind, bei weitem nicht so stark zugenommen hat. Die Vorräte an Fettrohstoffen sind außerdem in der letzten Zeit stark zurückgegangen, weil die entsprechenden Einfuhren ausblieben. Nach Angaben der Industrie reichen sie noch etwa für zwei bis drei Monate.

Der Index der Papierindustrie mußte für Februar rückwirkend korrigiert werden, weil nach Mitteilungen des Fachverbandes der Papierindustrie die Produktionsziffern des Jahres 1937 für Holzschliff und Zellulose mit den jetzigen Angaben nicht direkt vergleichbar waren¹⁾. Auf Grund der neuen Angaben wurde der Index umgerechnet, wobei die neuen Werte in den Jahren 1948, 1949 und 1950 um 4,4%, 4,9% und 5,1% über dem bisherigen Index liegen²⁾. Im Februar ist die Produktion der Papierindustrie um 6,7% gestiegen und im März um 6,7% zurückgegangen. Die überdurchschnittlichen Holzvorräte der Werke haben in den letzten Monaten etwas abgenommen, weil der Holzzugang nur etwa 60% des laufenden Verbrauchs deckte.

Der Index der Leder- und Schuhindustrie ist im Februar wieder um 12,1% gestiegen. Der inländische Rohhäuteanfall und die Ledererzeugung waren etwas

niedriger als im Jänner, die Schuhproduktion dagegen höher. Die Ledertreibriemen- und technische Lederindustrie ist gut beschäftigt und kann den inländischen Bedarf decken. In der Lederwaren- und Kofferindustrie war der Geschäftsgang saisongemäß schwächer als zu Jahresende.

Die holzverarbeitende Industrie arbeitete im Jänner und Februar trotz der Wintersaison mit unverminderter Kapazitätsausnutzung. Auch in dieser Sparte sind bereits Preissteigerungen bei den Fertigprodukten (z. B. bei Sperrholzplatten um 10 bis 15%) eingetreten. In der Möbelindustrie sind die Auftragsbestände entgegen den Erwartungen nicht gesunken.

Die Textilindustrie klagt nach wie vor über unzureichende Rohstoffeinfuhren. Die Einfuhr war im 1. Quartal 1951 zwar etwas höher als im 4. Quartal 1950, aber noch immer geringer als der laufende Verbrauch.

Der Produktionsindex der Textilindustrie ist im Jänner um 4,3% und im Februar um 14,6% gestiegen. Die Qualitätsverminderung durch Erhöhung des Zell- und Reißwollverbrauches schreitet fort. Bei den Rohstoffpreisen ist in der letzten Zeit eine leichte Entspannung eingetreten.

Die Standardprogramme I und II der Textilindustrie wurden bis Mitte März zu 75% bzw. 70% erfüllt, wobei verschiedene Kontingente sogar überschritten wurden, während bei anderen Posten erst 10 bis 20% abgegeben werden konnten.

Der Inlandsabsatz der Textilindustrie ist im 4. Quartal 1950 sprunghaft gestiegen und war viel höher als zur gleichen Zeit des Jahres 1949. So war z. B. im 4. Quartal 1950 der Absatz an Baumwollwebwaren um 57%, an Wollwebwaren um 20%, an Seidenwebwaren um 34%, an Strümpfen um 41%

Rohstoffverbrauch der Textilindustrie¹⁾

Zeit	Baumwolle	Zellwolle B-Typ	Zusammen	Schafwolle	Zellwolle W-Typ	Zusammen	Hanf	Flachs	Jute	in Tonnen										
										Reißspinnstoffe	Baumwollgarne	Zellwollgarne B	Streichgarne	Kammgarne	Zellseidengarne W	Kunstseidengarne	Leinengarne	Hanfgarne	Jutegarne	
1937	3.083	.	3.083	833	.	833	1.130	623
1948	1.216	390	1.606	432	205	637	140	144	134	700	682	184	375	40	28	70	28	34	5	.
1949	1.686	584	2.270	655	363	1.018	226	141	275	847	1.099	310	489	115	28	138	44	50	26	.
1950	1.758	857	2.615	772	338	1.060	474	153	458	877	1.259	509	548	170	63	132	60	68	59	.
1950	I.	1.655	889	2.544	776	340	1.116	279	165	413	906	1.247	467	557	154	60	137	70	71	56
	II.	1.705	792	2.497	783	315	1.098	417	153	439	918	1.072	513	557	151	46	139	51	72	53
	III.	1.882	978	2.860	922	406	1.328	1.115	189	660	1.051	1.289	577	652	227	52	142	58	78	70
	IV.	1.446	927	2.373	719	297	1.016	482	163	409	866	1.115	530	503	156	51	133	70	76	56
	V.	1.653	891	2.544	724	392	1.116	600	147	476	860	1.186	492	447	146	60	115	73	117	57
	VI.	1.911	870	2.781	798	338	1.136	513	181	355	765	1.289	500	507	143	68	123	65	40	54
	VII.	1.550	791	2.341	776	261	1.037	560	76	322	591	1.055	426	380	145	44	105	42	60	45
	VIII.	1.757	697	2.454	570	211	781	507	175	410	790	1.352	462	526	141	51	133	54	49	65
	IX.	1.927	863	2.790	683	334	1.017	324	170	368	829	1.311	526	635	216	70	128	54	54	58
	X.	1.996	838	2.834	743	339	1.082	279	158	444	1.011	1.578	560	530	203	86	154	61	81	70
	XI.	1.974	896	2.870	615	428	1.043	322	143	658	971	1.414	570	675	186	86	134	61	71	69
	XII.	1.633	856	2.489	559	391	950	286	113	546	966	1.201	490	612	168	87	142	55	47	55
1951	I.	1.910	905	2.815	574	410	984	345	127	519	994	1.309	644	529	185	74	161	77	98	475
	II.	1.836	896	2.732	603	465	1.068	239	139	794	974	1.334	627	603	187	79	198	73	92	808

¹⁾ Nach Angaben des Fachverbandes der Textilindustrie.

Standardprogramme I und II der Textilindustrie¹⁾

Artikel	Gesamt- kontingent	davon bis		% des Kontingents
		15. II. 1951	16. III. 1951	
Programm I				
Baumwoll- Bettuchstoffe ..	250.000	278.134	283.104	113'24
Baumwoll- Bettzeugstoffe ..	550.000	595.882	600.478	109'18
Baumwoll- oder Zellwoll- Schürzen u. Kleiderstoffe	1.800.000	923.020	969.065	53'84
Baumwoll- Hemdenstoffe ..	1.160.000	891.434	940.481	81'08
Baumwoll- Unterhosen- stoffe	60.000	71.042	71.845	119'74
Insgesamt	3.820.000	2.759.512	2.864.973	75'00
Programm II				
Hemdenflanell	180.000	34.034	44.299	24'61
Hemdenstoff, bunt	270.000	127.444	177.036	65'57
Unterhosenstoff	90.000	70.886	70.886	78'76
Bett-Tuch	170.000	200.214	205.060	120'62
Bettwäschestoffe	680.000	480.238	559.872	82'33
Wäscheflanell	135.000	94.063	134.352	99'52
Kleiderbarchent	120.000	12.376	12.376	10'31
Haushaltswäsche	125.000	28.031	29.710	23'77
Insgesamt	1.770.000	1.047.286	1.233.591	69'69

¹⁾ Angaben des Fachverbandes der Textilindustrie.

und an Bastfaserwebwaren um 10% höher als im Vorjahrsquartal.

Insgesamt wurden im Jahre 1950 79'6 Mill. Meter Baumwollgewebe (1949: 48'8 Mill. m), 11'8 Mill. m Schafwollgewebe (9'8 Mill. m), 6'8 Mill. m Seiden- gewebe (5'1 Mill. m) und 10'3 Mill. m Bastfaser- gewebe (9'4 Mill. m) der inländischen Erzeugung im Inland abgesetzt.

Inlandsabsatz der Textilindustrie¹⁾

	1949		1950		Insgesamt
	IV. Quartal	Insgesamt	III. Quartal	IV. Quartal	
Baumwollwebwaren, 1.000 m ..	17.420	48.766	18.580	27.477	79.586
Wollwebwaren, 1.000 m	2.673	9.797	2.780	4.757	11.792
Wollstrickgarn, 1.000 kg	358	696	67	100	412
Seidenwebwaren, 1.000 m	1.872	5.102	1.535	2.078	6.846
Bastfaserwebwaren, 1.000 m ..	2.209	9.433	1.955	3.601	10.342
Seilerwaren, 1.000 kg	165	.	219	103	1.199
Strümpfe, 1.000 Dtzd.	269	862	283	364	1.210
Wäschestücke, 1.000 Stück ...	2.516	7.361	1.708	2.655	7.586
Pullover u. Westen, 1.000 Stück	282	719	131	223	576
Kleider und Oberbekleidung, 1.000 Stück	93	261	36	79	203

¹⁾ Angaben des Fachverbandes der Textilindustrie.

Die Produktion von *Tabakwaren* ist im Februar um 16'6% und im März um 6'3% gestiegen. Im Gegensatz zu vielen anderen Industriezweigen sind die Tabakfabriken mit Rohmaterial reichlich versorgt. Auch die laufenden Einfuhren von Rohtabak sind nach einem vorübergehenden Rückgang im 2. Halb- jahr 1950 wieder stark gestiegen und waren im 1. Quartal 1951 fast doppelt so hoch wie vor dem Krieg.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 220

Nach dem allgemeinen Umsatzrückgang im Fe- bruar hat sich der Geschäftsgang im März wieder etwas belebt. Der Gesamtindex des Einzelhandels stieg um 17% und war um 26% höher als im März

des Vorjahres¹⁾. Allerdings war die Geschäftsbelegung bedeutend geringer, als saisonmäßig zu erwarten ge- wesen wäre (die Saisonindizes aus der Vorkriegszeit nehmen im März je nach Branche um 15 bis 80% zu). Da außerdem der Umsatzzuwachs zum Teil (etwa zu einem Drittel) auf Preissteigerungen zurückzu- führen ist, blieb das preisbereinigte Umsatzvolumen noch stärker hinter der Saisonerwartung zurück.

Auch in anderen Ländern (Westdeutschland, USA) blieben die hohen Frühjahrsumsätze aus. Die Preissteigerungen in den letzten Monaten dürften fast überall an dem leichten Stagnieren des Ge- schäftsganges schuld sein. Die Preise haben teilweise eine Höhe erreicht, die trotz Lohnerhöhungen die Kaufkraft der Konsumenten überschreiten. Ferner dürften die Hortungskäufe der letzten Monate sowie die ungünstige Witterung die Nachfrage vermindert haben. Der Handel sieht sich daher vielfach genötigt, die Preise selbst auf Kosten der Gewinnspanne zu reduzieren.

Besonders schwach waren die Umsätze der Waren- häuser, während bisher meist der Fachhandel hinter der Entwicklung der Warenhäuser zurückgeblieben war. So stieg der Index des Fachhandels um 17%, der für die Warenhäuser jedoch nur um 12%.

Einzelhandelsumsätze im März

Betriebsform bzw. Branche	1950 Veränderungen gegen- über Februar	1951 in % von 1950
Fachhandel	+21	125
Warenhäuser	+57	121
Konsumgenossenschaften	+11	135
Gesamteinzelhandel	+22	126
davon		
Nahrungs- und Genußmittel	+12	124
Lebensmittel	+11	129
Tabakwaren	+15	98
Textilien und Bekleidung	+58	129
Textilien	+54	120
Schuhe	+72	154
Möbel- und Wohnbedarf	+15	136
Möbel, Teppiche, Gardinen ...	+18	155
Hausrat, Glas, Porzellan	+12	114
Sonstiges	+22	117
Parfümerie- u. Drogeriewaren ..	+9	97
Lederwaren	+71	114
Übrige	+23	132

Der Geschäftsgang war in den einzelnen Bran- chen sehr verschieden. Im *Lebensmitteleinzelhandel* nahmen die Umsätze um 20% zu und waren um 29% höher als im März 1950. Die erhöhte Nachfrage zu

¹⁾ Das Institut hat den Index der Einzelhandelsumsätze neu berechnet; es wurden neue Branchen einbezogen, die Zahl der meldenden Firmen erhöht und die Berechnungsmethode verfeinert. Siehe Beilage Nr. 14 zu den Monatsberichten „Ein neuer Index der Einzelhandelsumsätze“ in diesem Heft.

den Osterfeiertagen und Preiserhöhungen waren die Ursache¹⁾.

Die Verkäufe von *Textilien und Bekleidung* waren um 17 % höher als im Februar und übertrafen jene von März 1950 um 29 %. Dabei nahmen die Umsätze von Schuhen stärker (um 24 %) als die von Textilien (um 14 %) zu. Die noch erwarteten Preissteigerungen und die hohe Nachfrage nach billigen ERP-Schuhen haben die Umsätze angeregt. Bei Textilien und Schuhen war der Umsatzzuwachs im Fachhandel (14 und 24 %) höher als in den Warenhäusern (11 und 18 %). Die Nachfrage nach *Möbeln* und Artikeln des *Wohnbedarfes* war gering. Die Umsätze von Möbeln, Teppichen und Gardinen (+ 2 %), sowie von Hausrat (+ 17 %) erhöhten sich vorwiegend wegen der Preissteigerungen (die Preise für Geschirr erhöhten sich im März um 10 bis 25 %; auch die Preise für Teppiche und Vorhangstoffe stiegen).

Auch die höheren Umsätze der unter „*Sonstiges*“ erfaßten Konsumgüter (+ 24 %) waren preisbedingt. Im Parfumerie- und Drogerieeinzelhandel waren die Wertumsätze zwar um 15 % höher als im Februar, aber kaum so hoch wie im März 1950. Die Mengenumsätze dürften jedoch seit Februar nur geringfügig gestiegen sein, gegenüber März 1950 sogar beträchtlich abgenommen haben, obwohl man zu den Osterfeiertagen eine größere Nachfrage erwartet hätte. Die Verkäufe von Papierwaren nahmen wertmäßig um 8 % zu, blieben mengenmäßig jedoch etwa auf dem Niveau des Vormonats. Der starke Umsatzzuwachs in der Lederwarenbranche (um 58 %) war nur zum Teil preisbedingt (die Verkaufspreise für Lederwaren sind seit Jänner um 25 bis 30 % gestiegen). Die Nachfrage stieg auch saisonbedingt und wegen des Bevorstehens weiterer Preissteigerungen auf dem Ledermarkte. Trotzdem wurden die Umsätze vom März des Vorjahres, die wertmäßig um 14 % übertroffen wurden, mengenmäßig nicht erreicht.

Die Einnahmen an *Umsatzsteuer* sanken im März um 6 %, waren jedoch um 47 % höher als im März 1950. Diese Entwicklung entspricht annähernd dem Verlauf der Einzelhandelsumsätze im Februar (nach dem neuen Index haben die Gesamtumsätze im Februar um 8 % abgenommen, und waren um 30 % höher als im Februar 1950).

Die Eingänge an *Verbrauchssteuern* stiegen um 15 % auf 1276 Mill. S. Das war vor allem auf die um 62 % höheren Einnahmen an Biersteuer (hoher Verbrauch im Fasching) zurückzuführen, während an

Tabaksteuer nur um 11 % und an Weinststeuer (einschließlich Weinverbrauchsabgabe) um 5 % mehr eingingen.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 221—225

Im Laufe des Monats März stieg die Zahl der *Beschäftigten* um 39.300 auf 1.917.500. Um nahezu gleichviel ging die Zahl der Arbeitslosen zurück, nämlich um 39.400 auf 161.200²⁾. Im vorigen Jahr, als die Beschäftigtenzunahme im Gegensatz zu heuer erst Mitte Februar einsetzte, war die Zunahme im Laufe des Monats März noch stärker — sie betrug 47.100 —, der Beschäftigtenstand zu Ende des Monats war aber um 13.700 geringer. Da auch die Arbeitslosigkeit im März 1950 geringer war als heuer, und zwar um 4.000, ist das sichtbare *Arbeitskräfteangebot* im Vergleich zum Vorjahr um 17.700 gewachsen.

Der Zustrom neuer Arbeitskräfte im privatwirtschaftlichen und staatlichen Sektor³⁾ bestand vor allem aus Frauen. Das Angebot an weiblichen Arbeitskräften stieg um 15.300 oder 2,4 %, an männlichen hingegen nur um 3.600 oder 0,3 %. Die Frauenarbeitslosigkeit wird damit immer mehr zu einem der brennendsten Probleme der österreichischen Arbeitsmarktpolitik. Am 31. März 1951 suchten um 8.900 mehr Frauen Stellen als am 31. März 1950, aber um 4.900 Männer weniger. Nur in Wien und Kärnten war die Zahl der männlichen Arbeitslosen höher als im Vorjahr. In Wien zeigte sich eine ähnliche Verschiebung auch bei den Beschäftigten. Die Gesamtzahl der Beschäftigten (ohne Bundes- und Gemeindebedienstete) war am 31. März 1951 mit 500.800 um 2.000 größer als vor einem Jahr, die Zahl der Männer aber um 2.200 niedriger, die der Frauen um 4.100 höher.

Die Zahl der *Arbeitslosen* ging im März, wie bereits erwähnt, um nahezu 40.000 zurück und lag nur mehr wenig über dem Stande des Vorjahres. Während im Jänner 1951 noch in allen Berufen mehr Arbeitslose gezählt wurden als im Jänner 1950, gab es im März bereits sieben wichtigere Berufe, die weniger Arbeitslose aufzuweisen hatten als vor einem Jahr (Bergleute, Eisen- und Metallarbeiter, Holzarbeiter, Lederarbeiter, Bekleidungsarbeiter, Verkehrsarbeiter, Hilfsarbeiter).

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im März erfaßte jedoch noch nicht die Gruppe der *Notstandshilfeempfänger*, deren Zahl weiter stieg und einen

²⁾ Bis Ende April sank die Zahl der Arbeitslosen um weitere 41.900 Personen.

³⁾ Dieser Zustrom war etwas größer als der Gesamtzustrom, da bei den Ländern und Gemeinden die Beschäftigtenzahl im Laufe des letzten Jahres etwas zurückgegangen ist.

¹⁾ Nach dem Lebenshaltungskostenindex des Institutes ist der Preisindex für Nahrungs- und Genußmittel von Mitte Februar bis Mitte März um 5 % gestiegen.

neuen Höhepunkt von 49.100 erreichte. Erst im April ging sie zurück und sank bis Mitte des Monats auf 46.900.

Unverändert ernst bleibt die Lage auf dem *Lehrstellenmarkt*. Wohl ist die Zahl der vorgemerkten Lehrstellensuchenden leicht zurückgegangen, doch dürfte dies auf ein Abwandern von Jugendlichen in Anlern- und Hilfsarbeiterberufe zurückzuführen sein, da auch die Zahl der besetzten Lehrstellen sinkt. Die Diskrepanz zwischen Lehrstellensuchenden und offenen Lehrstellen hat sich zwar ein wenig verringert, bleibt aber nach wie vor bestehen. Die Zahl der Lehrstellensuchenden betrug im Durchschnitt des ersten Vierteljahres 1951 9.874, verglichen mit 10.164 im ersten Vierteljahr des Vorjahres. Gleichzeitig ging die Zahl der besetzten Lehrstellen von 2.034 im Durchschnitt des ersten Quartals 1950 auf 1.811 im heurigen ersten Quartal zurück. Die Zahl der offenen Lehrstellen betrug im ersten Quartal 1950 2.847, im ersten Quartal 1951 3.306. Die Zahl der stellensuchenden Lehrlinge pro offene Lehrstelle vermindert sich dementsprechend von 3,6 im Vorjahr auf 3. Nur in der Land- und Forstwirtschaft und in der chemischen Industrie gab es, bei geringem Lehrstellenangebot, einen Überschuß von offenen Lehrstellen über die Zahl der Stellensuchenden.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 226—227

Die *Güterverkehrsleistungen* der Bundesbahnen stiegen im Monat März saisonüblich stärker und lagen mit 551,0 Mill. Nutzlast-Tonnenkilometer um 60 Mill. *t-km* über dem Februar- und Jännerergebnis. Die Zahl der täglichen Wagengestellungen hat sich von 5.387 auf 5.561 (Voll- und Schmalspur) erhöht, und die Wagensituation übersaisonnäßig angespannt. Zugs- und Wagenachskilometer stiegen von Februar auf März um 12,4% und 7,9%. Der *Transit* ging weiter zurück; die Tonnage sank um 5,5% auf 228.491 *t*, die geleisteten Netto-*t-km* verminderten sich um 12% auf 63,1 Mill.

Der *Personenverkehr* wurde durch die Osterfeiertage und die Wiener Messe stark belebt. Die Zahl der verkauften Karten hat sich von 4,1 Mill. auf 5,0 Mill. Stück erhöht. Die aus Kohlenmangel durchgeführte Beschränkung des Zugverkehrs wurde im März größtenteils wieder aufgehoben. Bemerkenswert ist, daß die Frequenz um 10% höher lag als im März 1950; ob andere als Saisoneinflüsse, etwa die Vorverlegung von Reisen wegen erwarteter Tarifierhöhungen dabei maßgebend sind, läßt sich noch nicht beurteilen.

Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Bundeshandelskammer und Bundesbahnen über die Aufhebung einiger *Ausnahmetarife*¹⁾ berücksichtigt in weitem Maße die Forderungen der Bundesbahnen. Am 1. Mai wird die Exportbegünstigung für Schreibpapier usw. (AT 10), Rindvieh (21), Pferde und Maultiere (22), Steinkohlenkoks (13), Roheisen (30, außer ab Linzer Stahlwerke), Stabeisen, Eisendraht usw. (31, ausgenommen für Heugabeln) aufgehoben. Sofern auch der Inlandsverkehr begünstigt war, bleiben die bisherigen Tarife bestehen. Die Frachtbegünstigung für den Graphitexport (AT 50) wird eingeschränkt. Die Verteuerung der Fracht beträgt für Waren des AT 31 (Stabeisen usw.) 20%; für die Bundesbahnen eine fühlbare Einnahmesteigerung, da diese Waren in größerem Umfang exportiert werden.

Der *Schiffsverkehr* auf der Donau war in den Monaten Februar und März durch gute Wasserstandsverhältnisse begünstigt. DDSG und Comos erreichten im März mit 99.913 *t* Frachtgut (Linz—Regensburg) einen neuen Monatshöchststand. Davon entfielen allerdings 93.038 *t* auf talwärts geführte Kohle, zum Teil Nachlieferungen für die Monate Dezember und Jänner. In der Bergfracht wurden im Februar wieder 7.285 *t* Öl von Wien nach Linz befördert, nachdem bereits im Dezember erstmalig 4.243 *t* verschifft worden war.

Die Verkehrsleistungen im I. Quartal 1951

Die Verkehrsleistungen der Bundesbahnen hielten sich im I. Quartal 1951 allgemein auf gleicher Höhe wie im Vergleichs Quartal 1950. Die geleisteten Güter-Netto-Tonnenkilometer stiegen um 1,7%, die Zahl der durchschnittlichen Wagengestellungen je Arbeitstag um 10,7%, ein Ausdruck der höheren wirtschaftlichen Aktivität im diesjährigen Quartal. Da die im Außenhandel beförderte Tonnage von 3,02 Mill. *t* auf 2,57 Mill. *t* zurückging (Einfuhr minus 29,3%; Ausfuhr plus 23,6%) und auch der Transit um 5,6% mengenmäßig abnahm, dürfte sich der Binnenverkehr stärker erhöht haben. Dies kann um so mehr angenommen werden, als sich einerseits die Verringerung von Außenhandel und Transit, auf die durchschnittlich fast die Hälfte der gesamten Beförderungsmenge entfällt, bemerkbar machen muß und andererseits die Zugskilometer um 6,9% abgenommen haben, die erhöhte Netto-Tonnenkilometerleistung also nicht auf einer Verlängerung der Frachtwege beruhen kann. Die Wagenachskilometerleistung ist durch Rationalisierung im Wagenzustelldienst er-

¹⁾ Siehe Heft 3 der Monatsberichte, Jg. 1951, S. 134.

reicht worden, dessen Dispositionen Leerfahrten über weite Strecken stark reduzieren konnten.

Im Personenverkehr ist die leichte Frequenzsteigerung um so bemerkenswerter, als im Februar 1951 Zugseinschränkungen den Verkehr behinderten. Da sich der stärkere Reiseverkehr vor allem auf die Direktionsbezirke Innsbruck und Linz erstreckte, dürfte der Fremdenverkehr entscheidend beteiligt gewesen sein. Die gegenüber den Zugskilometern stärker erhöhten Wagenachskilometer (11'9%) lassen auf günstigere Reiseverhältnisse schließen, die außerdem durch Verkürzung der Fahrzeiten, vorteilhaftere Anschlußmöglichkeiten im internationalen Verkehr und vermehrte Triebwagen, Eil- und Schnellzüge verbessert wurden.

Verkehrsleistungen der Österreichischen Bundesbahnen im I. Quartal 1951

Art	I. Quartal 1950	I. Quartal 1951	1950 = 100	IV. Quartal 1950 = 100
Güterverkehr				
Netto-Tonnenkil. ¹⁾ (Mill.)	1.510'8	1.536'1	101'7	85'5
Zugskilometer ²⁾ (1.000)	5.679'2	5.288'9	93'1	86'6
Wagenachskil. ³⁾ (Mill.)	346'9	335'3	96'7	90'4
Transit (Mill. Netto-t-km)	248'6	220'1	88'5	71'7
Transit (1.000 Tonnen)	792'7	748'1	94'4	84'7
Wagengestellung (je Arbeitstag)	4.666	5.166	110'7	87'7
Personenverkehr				
Verkaufte Karten (1.000)	13.665	14.073	103'0	93'6
Zugskilometer (1.000)	7.734'3	913'3	102'3	87'8
Wagenachskilometer ⁴⁾ (Mill.)	113'3	126'8	111'9	105'9

¹⁾ Dienst-, Post- und Güterwagen einschließlich Dienstverkehr. — ²⁾ Einschließlich Dienstverkehr. — ³⁾ Komplette Güterzüge einschließlich Dienstverkehr. — ⁴⁾ Alle Personenwagen.

Die Gebarungsergebnisse der Österreichischen Bundesbahnen liegen erst für Jänner und Februar vor. Danach sind die Einnahmen gegenüber den Vergleichsmonaten des Vorjahres um 19'4%, die laufenden Ausgaben jedoch um 39'2% gestiegen. Diese Diskrepanz ist die Folge erhöhter Sach- und Personalkosten, die sich bereits gegen Ende des Jahres 1950 bemerkbar machten, während das Tarifniveau bis auf die Aufhebung einiger Ausnahmetarife, die teilweise auch die Einnahmen erhöhten, unverändert blieb. Das Quartalsdefizit wird daher erheblich höher sein als im vergangenen Jahr (19'3 Mill. S), da bereits die Monate Jänner und Februar mit einem Defizit von 103'4 Mill. S abschlossen. Da diese Ausgabenentwicklung nach vorläufigen Schätzungen das veranschlagte Bundesbahndefizit (948'2 Mill. S)¹⁾ 1951 noch um 400 Mill. S erhöhen dürfte — sofern nicht noch weitere Preis- und Lohnsteigerungen eintreten — werden Tarifmaßnahmen kaum vermeidbar sein. Berücksichtigt man, daß den gegenwärtigen Tarifsätzen die

¹⁾ Einschließlich Investitionen; laufendes Defizit 498'9 Mill. S.

Preis- und Lohnverhältnisse vom Juni 1949 zugrunde liegen (wobei schon damals aus allgemein wirtschaftlichen Rücksichten die Tarifierhöhung nicht im Ausmaß der Preissteigerung durchgeführt wurde), in zwischen aber der Großhandelsindex um 50%, der Netto-Tariflohnindex um 31'3% gestiegen sind, dann wird offensichtlich, daß die Tarife im Güterverkehr und besonders die Fahrtermäßigungen in gewissen Kategorien des Personenverkehrs immer mehr Subventionscharakter erhalten.

Im *Donauschiffsverkehr* konnten die Verkehrsleistungen der österreichischen Gesellschaften im I. Quartal 1951 gegenüber 1950 weiter gesteigert werden. Leider ist daran der Bergverkehr sowie der Schiffsverkehr auf der unteren Donau nur in geringem Ausmaß beteiligt. Der Bau von zwei Schiffen, die als österreichisches Eigentum ungehindert auch die untere Donautrecke befahren können, die Vereinbarungen mit Deutschland über den kombinierten Frachtweg, die Eröffnung des Zollfreilagers in Linz, der wachsende Frachtverkehr mit Jugoslawien, die wenn auch nicht umfangreichen Öltransporte von Wien nach Linz lassen hoffen, daß sich bereits im 2. Quartal 1951 der Donauverkehr weiter verdichten wird. Insbesondere gewinnt der Linzer Hafen eine immer stärkere Bedeutung als Umschlagplatz für den Warenverkehr zwischen Ost und West.

Verkehrsleistungen der Donauschifffahrt¹⁾ im I. Quartal 1951

	I. Quartal 1950	I. Quartal 1951	1950 = 100	IV. Quartal 1950 = 100
Talfahrt	178.622	212.061	118'7	101'8
davon Kohle	176.490	212.056	119'6	101'7
Sonstiges	2.132	1.005	47'1	141'2
Bergfahrt	5.362	25.226	470'5	94'6
davon Wien—Linz	—	7.285	—	171'7
Tal und Berg	183.984	237.287	129'0	101'0

¹⁾ Nur DDSG und Comos.

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 228—230

Die kommerzielle *Einfuhr* stieg im März, dank der hohen Vorfinanzierung — vor allem aus EZU-Mitteln — in den Monaten Dezember bis Februar, um 162 Mill. S, wovon 135 Mill. S allein auf die OEEC-Staaten entfielen. Dadurch erreichte die kommerzielle Einfuhr mit 989 Mill. S und die Gesamteinfuhr — auch die ERP-Einfuhr stieg im März um 9 Mill. S — mit 1.208 Mill. S einen neuen Höhepunkt.

Besonders stark haben die Einfuhren aus Frankreich und Großbritannien zugenommen. Die Einfuhren aus Frankreich waren mit 103 Mill. S nahezu doppelt so groß wie im Februar und um 62% größer als die bisherige Höchsteinfuhr, und die Einfuhr aus Großbritannien (163'2 Mill. S) überschritt den bis-

herigen Höchstwert um 61%. Diese beiden Staaten steuerten damit im März mehr als ein Viertel (26,9%) aller kommerziellen Importe bei, während im Jahre 1950 ihr Anteil nur 13,5% betrug.

Da die Ausfuhr nicht so stark stieg wie die Einfuhr, vergrößerte sich der *Einfuhrüberschuß* im kommerziellen Verkehr und überstieg mit 226 Mill. S den bisherigen Höchstwert von Dezember 1949 um 15 Mill. S.

Schaltet man jedoch die Preissteigerungen aus, indem man die Ein- und Ausfuhr im März auf Preise von Dezember 1949 umrechnet, so ergibt sich ein Defizit von 50 Mill. S. Das „reale Defizit“ ist daher weit niedriger als damals.

Da der Einfuhrüberschuß zum Teil auf Lieferungen zurückgeht, die schon in den Vormonaten bezahlt wurden, war das Defizit gegenüber der EZU im März verhältnismäßig klein. Immerhin wurden die restlichen 8 Mill. \$ auf dem Konto der EZU verbraucht und das Konto wurde außerdem um 2,6 Mill. \$ überzogen.

Die *Ausfuhr* stieg im März um 97 Mill. S oder 15% und erreichte mit 763 Mill. S nahezu wieder den Höchststand vom November vorigen Jahres (765 Mill. S). Wie im Vormonat stieg die Ausfuhr jedoch weniger als saisonüblich, so daß der saisonbereinigte Index hinter dem Februarstand um 4% und hinter dem Jännerstand um 10% zurückblieb. Diese Entwicklung hat ihre Gründe zum Teil in spezifischen Ursachen. So machten sich vor allem die Einfuhrhemmungen in Westdeutschland im März bereits bemerkbar. Die Ausfuhr dorthin sank auf 111,7 Mill. S gegenüber 120 Mill. S im Februar und einem Höchststand von 178,2 Mill. S im November vergangenen Jahres. Stark sank auch die Ausfuhr nach Ungarn und Bulgarien, da infolge der Zunahme der Clearing-spitze zugunsten Österreichs die Exporteure erst nach langen Wartefristen eine Begleichung ihrer Fakturen aus dem Clearingkonto bei der Nationalbank erwarten können. So schrumpfte die Ausfuhr nach Ungarn auf 8,1 Mill. S, den niedrigsten wertmäßigen Stand seit Februar 1949, die Ausfuhr nach Bulgarien auf 0,9 Mill. S, den niedrigsten Stand seit November 1948, zusammen¹⁾. Da die Einfuhr aus diesen beiden Ländern ziemlich gleich blieb, kann man eine baldige Abtragung der Clearing-spitze erwarten. Die kürzlich abgeschlossenen Handelsbesprechungen mit Ungarn werden ebenfalls beitragen, den Export wieder flottzumachen.

¹⁾ Da seit den Vergleichsdaten die Preise sehr angezogen haben, unterschreitet die reale Ausfuhrschrumpfung noch weit den damaligen Stand.

Neben diesen Rückschlägen, die auf besondere Ursachen zurückzuführen sind, gab es auch einige bemerkenswerte Zunahmen in der Ausfuhr. So erreichte z. B. die Ausfuhr nach den Niederlanden — wohl infolge der angehäuften Abwicklung von Kompensationsgeschäften — den Wert von 66,6 Mill. S. Aber auch im Verkehr mit Belgien, Frankreich, Großbritannien und der Schweiz erreichte die Ausfuhr neue Höchstwerte.

Die Erschöpfung der Ausgangsposition bei der EZU und die wachsenden Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung und des Fertigwarenabsatzes stellen die österreichische Außenhandelspolitik derzeit vor schwierige Aufgaben. Selbst der zusätzlich gewährte Kredit in Höhe von 10 Mill. \$ entspannt die Versorgungslage nur wenig. Daher wurden eine ganze Reihe von Maßnahmen vorgekehrt, die diesen Schwierigkeiten entgegenwirken sollen.

Auf Empfehlung der EZU sollen zunächst vor allem Maßnahmen getroffen werden, die einen möglichst wirksamen Einsatz der knappen Devisen ermöglichen. Diesem Ziel dient die Aufstellung von monatlichen und wöchentlichen Devisenverwendungsplänen durch das Devisenkomitee und vor allem auch eine bessere Erfassung der anfallenden Devisen. Die Belassungsquoten, die sich derzeit um 50% bewegen, sollen neuerlich um 10% gekürzt werden, nachdem sie bereits im November um durchschnittlich 20% verringert worden waren. Ferner soll die Kontrolle der Import- und Exportfakturierung ausgedehnt werden, um Unterfakturierungen beim Export und Überfakturierungen beim Import zu unterbinden. Bestimmte Waren dürfen jetzt nur noch gegen Akkreditive exportiert werden und die Zahlungsfristen sollen verkürzt werden.

Die gegenwärtigen Belassungsquoten für einige wichtige Exportwaren¹⁾²⁾

	Prozent		Prozent
Roh Eisen	65	Holzwaren	30—40
Magnesit	—	Glassteine	30—35
Stickstoffdünger	20	Eisen- und Stahlwaren	30—55
Woll- und Baumwollwaren	60	Edelstahl	65
Kleidung	50	Aluminium	50
Papier und Pappe	25	Maschinen	25—55
Schnittholz	—	Chemikalien	20—50
Lederwaren	50	Bücher und Zeitschriften	50

¹⁾ Nach dem Stand vom April 1951, d. h. vor der geplanten 10 prozentigen Kürzung. — ²⁾ Die Belassungsquoten werden nur Erzeugern, nicht aber Handelsfirmen gewährt.

Um die Rohstoffbasis des österreichischen Fertigwarenexportes zu sichern, sind weiters Bestrebungen im Gange, für einige Waren, z. B. Holz- und Vorprodukte der Textilindustrie, vorübergehende Exporteinschränkungen zu erlassen.

Besondere Bedeutung kommt in der gegenwärtigen Lage den Handelsbesprechungen zu, bei denen es wieder vielfach gilt, Lieferzusagen für schwererhältliche Rohstoffe und Ausfuhrkontingente für Fertigwaren durchzusetzen. Die gegenwärtig rege handelspolitische Aktivität — Handelsbesprechungen mit Argentinien, Belgien, Brasilien, Dänemark, Westdeutschland, Griechenland, Italien, Norwegen, Rumänien und Ungarn laufen derzeit oder wurden in letzter Zeit abgeschlossen — wird daher auch beitragen können, die außenwirtschaftliche Spannung zu mildern.

Sehr aktiv war Österreich auch auf der internationalen Zollkonferenz in Torquay, die im Sep-

tember 1950 begonnen hatte und am 21. April zu Ende ging. Obwohl den dort im bilateralen Wege ausgehandelten Zollkonzessionen, die dann durch die Meistbegünstigungsklausel multilateralen Charakter erhalten, unter der gegenwärtigen Tendenz zu einem gewissen Rückzug vom Liberalisierungsprinzip nur beschränkte Wirkung zukommt, so eröffnen sie doch in gewissen Fällen neue Exportmöglichkeiten. Österreich, das zum erstenmal an einer der internationalen Zollkonferenzen des GATT teilnahm — der Konferenz in Torquay war bereits eine in Genf im Jahre 1947 und eine in Annecy im Jahre 1949 vorausgegangen —, erreichte mit 21 Vertragsabschlüssen¹⁾ neben Westdeutschland die höchste Zahl an Verträgen.

Die Rohwarenmärkte im I. Quartal 1951

Verhaltener Preisanstieg

Die seit Ausbruch der Koreakrise ununterbrochen anhaltende Hausse auf den Rohwarenmärkten wurde im ersten Quartal 1951 durch eine stagnierende, vereinzelt sogar rückläufige Preisbewegung unterbrochen. Da sich diese Preisschwäche auf fast allen Rohwarenmärkten bemerkbar machte und sogar die von der Hausse besonders begünstigten Zinn-, Kautschuk- und Wollmärkte erfaßte, gewinnt diese Entwicklung für die Beurteilung der allgemeinen Preissituation entscheidende Bedeutung. Gewiß waren die Preisrückgänge teilweise nur gering und kurzfristig und mußten außerdem wieder einer festeren Tendenz weichen; daß sie aber angesichts des weltweiten Rüstungsbedarfes überhaupt eintraten, kennzeichnet die labile Lage auf den Rohwarenmärkten, in die sie eine vielfach zügellose und durch die Angebots- und Nachfrageverhältnisse nicht gerechtfertigte Preishausse gebracht hat. So gab Zinn in den letzten Wochen des März von 1.509 £ je Tonne auf 1.300 £ nach, Gummi von 72'5 d. je Pfund Ende Februar auf 62'5 d. Ende März, Tungsten in der gleichen Zeit von 670 s. auf 525, Kupfer auf dem freien Markt von 49 Cents auf 45 Cents, Zink von 45 Cents auf 40 Cents, Blei von 27'5 auf 25 Cents, und selbst Wolle notierte auf den letzten Auktionen Anfang

April um 5 % bis 15 % niedriger als zu Quartalsende. Der amerikanische Rohwarenindex (Moody) sank von 542'9 am 21. Jänner auf 524'6 Anfang April, lag damit allerdings immer noch um 9 Punkte über dem Jahresendstand 1950. Ebenso überschritt der durchschnittliche Index des ersten Quartals (536'5) um 11'7 % den Durchschnitt des vierten Quartals 1950, und das gegenwärtige Preisniveau liegt allgemein über dem zu Jahresbeginn. Der Preisauftrieb hielt demnach im Durchschnitt auch in den ersten Monaten des Jahres an, wenngleich erheblich verlangsamt und durch stärkere Preisschwankungen charakterisiert.

Entwicklung der Rohwarenpreise im I. Quartal 1951

	3. Jän.	14. Feb.	2. März	16. März	4. April	25. April
	in Landeswährung					
Weizen (Chicago) ¹⁾	246'87	258'62	240'50	240'00	249'62	252'00
Zucker (New-York) ²⁾	6'30	5'90	5'92	5'90	5'75	5'95
Kakao (New-York) ³⁾	35'50	38'37	38'37	38'37	38'37	38'37
Kaffee (New-York) ⁴⁾	56'25	56'75	56'25	56'00	55'75	55'75
Erdnußöl (New-York) ⁵⁾ ..	26'50	31'12	29'50	30'00	29'25	28'00
Baumwolle (Alexandrien) ⁶⁾	139'80	182'00	183'00	173'00	169'00	169'75
Jute (Kalkutta) ⁷⁾	200'00	200'00	200'00	340'00	460'00	505'00
Kautschuk (London) ⁸⁾ ...	53'00	72'00	74'00	66'00	63'00	56'00
Zinn (London) ⁹⁾	1.140'00	1.500'00	1.400'00	1.210'00	1.200'00	1.160'00

¹⁾ Cents je Bushel. Standard Qualität I. T. — ²⁾ Cents je lb. Weltkontrakt Nr. 4 loco. — ³⁾ Cents je lb. Accra, loco. — Cents je lb., Santos Nr. 2. — ⁴⁾ Cents je lb. — ⁵⁾ Tab. je Cent. Karnak, good I. T. — ⁶⁾ Rup. je Ball. Dundee Daisee, loco. — ⁷⁾ Pence je lb., Nr. 1 RSS, loco. — ⁸⁾ Pfund je lg/t.

Ursachen der Preisschwankungen

Diese Preisschwankungen — die freilich, gemessen an den hohen, die Produktionskosten um ein Vielfaches überschreitenden Rohwarenpreisen, gering sind — kennzeichnen die unsichere Marktsituation um so mehr, als sie nicht durch eine effektive Nach-

¹⁾ Mit folgenden Ländern wurden Zollkonzessionen ausgetauscht: Australien, Benelux, Brasilien, Chile, Dänemark, Westdeutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Kanada, Norwegen, Pakistan, Schweden, Südafrikanische Union, Tschechoslowakei, Türkei, Vereinigte Staaten von Amerika.